Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950
1946

60 (27.7.1946)

Visual Library

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH. Karlsruhe a. Rh., Lammstraße 1b—5, Tel. 4051/53. Erscheinungsweise 3mal wöchentlich. Bezirksausgaben für Pforzheim (Ebersteinstr. 18) und für Bruchsal (Ecke Schönborn- u. Wilderichstr.)

1. Jahrgang — Karlsruhe, Samstag, 27. Juli 1946 — Nummer 60

Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Monatl. Bezugspreis RM 2.20, durch die Post bezogen RM 2.60 zuzügl. RM 0.36 Zustellgebühr. Anzeigenpr.: Die 10gesp. Nonp.-Zeile RM 2.—; in Bezirksausg. RM 1.-. Amtl. Anz. die Hälfte.

Am Montag Beginn der Friedensvollkonferenz

Die Verfahrenspraxis — Um die endgültige Fassung der Verträge — Stalin und Molotow zuversichtlich

Paris, 26. Juli (DANA). Die Friedenskonferenz der 21 alliierten Nationen wird in Paris am kommenden Montag durch eine Ansprache des franz. Ministerpräsidenten und Außenministers Bidault eröffnet werden. In den ersten Tagen soll die Frage der Zulassung der ehemals mit Deutschland verbündeten Staaten — Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland — geklärt werden. Voraussichtlich werden dann verhandlungstechnische Fragen geregelt werden, zu denen die Wahl eines Präsidenten gehört. Es ist zu entscheiden, ob eine bestimmte Nation für die Dauer der Konferenz die Präsidentschaft übernehmen soll, oder ob sich die Vertreter etwa der 5 Großmächte in der Führung der Verhandlung ablösen sollen.

Byrnes Erklärung

Washington, 26. Juli. (DANA) Der amerikanische Außenminister legte in einer Erklärung am Mittwoch die amerikanischen Pläne für die Friedenskonferenz in Paris dar.

Byrnes erklärte: „Die Hauptaufgabe der vier Außenminister wird es sein, den Vertretern der 17 anderen Nationen die bereits ausgearbeiteten Verträge zu erläutern. Nachdem die Konferenz Vorschläge zu ihrer Abänderung oder Ergänzung unterbreitet hat, müssen die Außenminister in einer weiteren Zusammenkunft diese Vorschläge erörtern und sich über die endgültige Fassung der Verträge einigen."

Die Verfahrensregeln für die Friedenskonferenz sehen je einen Vertreter für jede Regierung vor. Außenminister Byrnes wird die Vereinigten Staaten repräsentieren. Zwei Unterausschüsse der amerik. Delegation werden sich mit wirtschaftlichen Fragen der Friedensverträge befassen, ein weiterer Ausschuß mit der politischen Seite des italienischen Friedensvertrages.

Erhaltung des Friedens

Kopenhagen, 26. Juli (AP) Generalissimus Stalin und Außenminister Molotow sind sehr zuversichtlich hinsichtlich der Erhaltung des Friedens in der Zukunft, erklärte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie am Mittwoch nach seiner Ankunft in der dänischen Hauptstadt. Lie wird in Kopenhagen mit Außenminister Rasmussen Besprechungen über verschiedene Angelegenheiten der UN führen, insbesondere über die Errichtung eines skandinavischen Informations-Büros der UN in der dänischen Hauptstadt.

Französische und brit. Stellungnahme

Paris, 26. Juli (DANA). Der französische Ministerpräsident und Außenminister Georges Bidault teilte dem amerikanischen Außenminister Byrnes mit, daß er im Prinzip mit dem Vorschlag Byrnes einverstanden sei, die europäischen Friedensvertragsentwürfe sofort zur Veröffentlichung freizugeben.

Bidault erklärte, die französische Regierung sei in keiner Weise für die Indiskretion verantwortlich, welche die bereits erfolgte Bekanntgabe von Einzelheiten der Vertragsentwürfe auslöste.

Die britische Regierung teilte Außenminister Byrnes mit, sie halte die Veröffentlichung der Vertragsentwürfe zu diesem Zeitpunkt für angebracht. Andererseits ist die Regierung der Ansicht, daß die schon bekanntgegebenen Einzelheiten nur weniges enthielten, das nicht schon vorher der Oeffentlichkeit bekannt gewesen sei. Die Entwürfe enthielten außerdem in einzelnen Punkten, in denen sich die Außenminister nicht einigen konnten, verschiedene von einander abweichende Bestimmungen, über welche erst die Friedenskonferenz zu entscheiden habe. Auch die Entscheidung über die Veröffentlichung der Friedensvertragsentwürfe liege bei der Friedenskonferenz.

Die Triester Frage

Rom, 26. Juli. (DANA) „Direkte Verhandlungen Italiens mit der Regierung Marschall Titos in Jugoslawien würden der beste Weg sein, um die Triester Frage zu lösen", erklärte der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens, Palmiro Togliatti, am Mittwoch vor der verfassunggebenden Versammlung.

Bevin über Südtirol und Triest

London, 26. Juli. (DANA) Der britische Außenminister ging am Donnerstag auf eine Anfrage im Unterhaus auf das Problem Südtirols ein. Mitglieder aller Parteien hatten gegen das Verbleiben Südtirols unter italienischer Herrschaft protestiert. In der Debatte erklärte Bevin: „Die Lösung des Problems liegt in der politischen Zugehörigkeit dieses Gebietes zu Italien bei gleichzeitiger Schaffung einer Wirtschafts-, Handels- und Zollunion zwischen Oesterreich und Italien.

„Was kann Italiener und Oesterreicher daran hindern, gemeinsame öffentliche Versorgungsbetriebe zu errichten, die eine gerechte Benutzung und Weiterentwicklung der Kraftquellen Südtirols gewährleisten? Ich habe beiden Ländern diesen Vorschlag unterbreitet."

Bevin erklärte weiter, die Bevölkerung Südtirols habe das Recht, ihre Meinung bei der Friedenskonferenz vorzutragen. Zu den Schwierigkeiten bei der Festlegung der Grenzen sagte er: „Diese Versuche, Europa in lauter kleine unabhängige Gebiete aufzuteilen, während ich mich bemühe, eine wirtschaftliche Ordnung in Europa zu erreichen, bringen mich zur Verzweiflung."

Triest — internationaler Handelshafen.

„Ich glaube nicht, daß wir Italien zu streng behandelt haben", so erklärte Bevin zur Triester Frage. „Wenn wir ein Wiedererstarken Deutschlands — insbesondere Preußens — verhindern wollen, so neige ich dem Gedanken zu, das Schwergewicht des europäischen Handels mehr nach dem Mittelmeer als nach der Ostsee zu verlegen. Wenn das süddeutsche Gebiet, Oesterreich und die benachbarten Staaten einen gut entwickelten, von den Vereinten Nationen beaufsichtigten Hafen, nämlich Triest, zur Verfügung haben, so sehe ich in etwa 20 Jahren die Möglichkeit einer weitgehenden wirtschaftlichen Verschmelzung dieser Gebiete."

Zum Schluß seiner Rede kam Bevin nochmals auf Südtirol zurück und erklärte: „Ich habe die wirtschaftlichen Vorteile einer Verbindung Oesterreichs und Italiens durch eine Zollunion gerade in diesem kleinen Gebiet erwogen. Ich glaube, daß ein gemeinsames Handeln in dieser Frage nicht im Interesse Italiens und Oesterreichs, sondern im Interesse ganz Europas liegt."

Zur Kontrolle der Atomenergie

Gromyko lehnt amerikanische Vorschläge ab

New York, 26. Juli (AP). Andrei Gromyko, der ständige Vertreter der Sowjetunion im Weltsicherheitsrat, lehnte die amerikanischen Vorschläge zur Kontrolle der Atomenergie ab.

Gromyko gab für seine Ablehnung folgende drei Gründe an:

1. beeinträchtige der Plan die Einmütigkeit der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates.
2. greife er in den Aufgabenbereich des Sicherheitsrates als Zentralexekutivorgan ein.
3. Unterminiere er die Bestimmung der Charta der Vereinten Nationen, welche die Staaten gegen Einmischung in ihre „interne Gerichtsbarkeit" schützt.

Gromyko erklärte, die sowjetische Politik ziele darauf ab, „Machtbefugnisse, Autorität und Prestige des Sicherheitsrates nicht im Zusammenhang mit dem Problem der Atomenergie untergraben zu lassen." Der Atomenergieausschuß sei zur Unterstützung des Sicherheitsrates geschaffen worden, der Rat müsse sich jedoch alle endgültigen Entscheidungen über die Kontrolle der Atomenergie selbst vorbehalten. In Bezug auf die Entscheidungen über die automatische Kontrolle durch die vorgeschlagene Behörde für die Entwicklung der Atomenergie sagte Gromyko, das amerikanische Memorandum sehe drei Arten von Entscheidungen vor. 1. in Verwaltungsangelegenheiten, 2. in Verfahrensangelegenheiten, 3. bei schweren Verstößen. Gromyko erklärte, die amerikanischen Vorschläge seien derart, daß eine solche Beschwerde in Wirklichkeit von dem Sicherheitsrat unabhängig werde. Dies lasse sich jedoch mit der Charta der Vereinten Nationen nicht in Einklang bringen. Der amerikanische Vorschlag könne deshalb in seiner gegenwärtigen Form weder als Ganzes noch in einzelnen Punkten von der Sowjetunion angenommen werden.

Jacksons Schlußrede

Nürnberg, 26. Juli. (DANA) Der amerikanische Hauptankläger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß Oberrichter Geoffrey Jackson, begann am Freitag seine Schlußrede, in dem er zunächst auf die Grundlagen des Nürnberger Prozesses einging. Er sagte: „Das Abkommen von London (das dem Verfahren in Nürnberg zugrundeliegt), ob es jetzt neue Grundsätze aufstellt oder alte niederlegt, bedeutet jedenfalls eine Aenderung im Völkerrecht, die ungefähr der Evolution des primitiven Gesetzes entspricht, als die Menschen aufhörten, örtliche Verbrechen nach dem Gefühl zu bestrafen und begannen, Logik und Untersuchung als Grundlagen des Strafrechts einzuführen.

Ueber die Anklagepunkte sagte Oberrichter Jackson im Einzelnen: „Unsere Anklage richtet sich gegen den gesetzwidrigen Angriff, aber wir sitzen nicht zu Gericht über die Beweggründe, die Hoffnungen oder Enttäuschungen, die Deutschland dazu geführt haben, zum Angriffskrieg als einem Instrument seiner Politik zu greifen."

Die Anklage der Verschwörung stützt sich auf fünf Gruppen unverhüllter Taten, deren Charakter und Größe wichtige Beiträge zu der Abschätzung des Beweises der Verschwörung liefern:

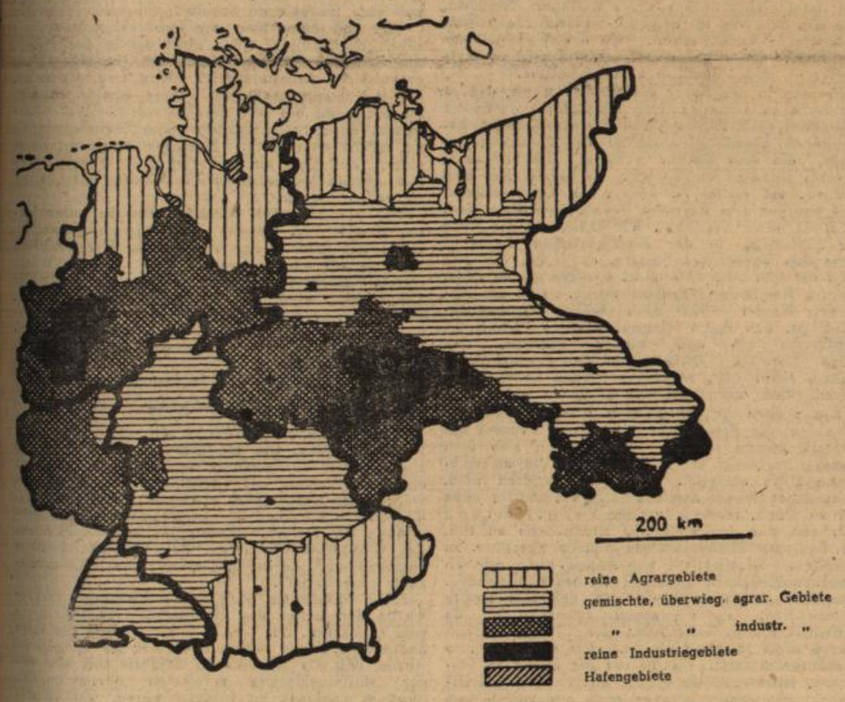
1. Machtergreifung und Unterordnung Deutschlands unter einen Polizeistaat.
2. Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen.
3. Kriegsführung unter Mißachtung des Völkerrechts.
4. Versklavung und Ausplünderung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten.
5. Verfolgung und Ausrottung von Juden und Christen.

In Jacksons Stellungnahme zu den Verteidigungsversuchen der Angeklagten heißt es:

„Diese Angeklagten, unfähig, abzuleugnen, daß sie diejenigen waren, die die höchsten Machtstellen innehatten, und unfähig, die mir dargelegten Verbrechen abzustreiten, wissen, daß ihr Leugnen unglaubhaft erscheint, ohne daß sie jemanden nennen können, der schuldig ist. Sie waren es, die sich verschworen, Hitler unbeschränkte Gewalt über ganz Deutschland zu geben. Er und das System, das sie für ihn geschaffen hatten, brachte ihnen allen den Untergang."

Nach Darlegung aller seiner Argumente kam der amerikanische Hauptankläger zu der Schlußfolgerung: „Würde man von diesen Männern sagen, daß sie nicht schuldig seien, so könnte man mit dem gleichen Recht sagen: Es gab keinen Krieg, keine Toten und keine Verbrechen."

(Den ausführlichen Text der Rede veröffentlichen wir in der Dienstag-Ausgabe.)



Ist Deutschland in vier Zonen lebensfähig?
Die Zeichnung veranschaulicht den Grad der Industrialisierung jeder einzelnen Besatzungszone in Deutschland. — (DANA-Bild)

Speers Verteidigung belastete Sauckel

„Völkerrechtlicher Notstand" soll rechtswidrige Handlungen rechtmäßig machen

Nürnberg, 26. Juli. (DANA-Sonderberichterstatter Arno Kretschmer.) Die Hauptthemen des von Dr. Hans Flaechsner für den Angeklagten Speer gehaltenen Plädoyers waren die Völkerrechtsbestimmungen über die Verwendung ausländischer Arbeiter während des Krieges und die „Abgrenzung" des Falles Speer von dem des Angeklagten Sauckel. (Diese Abgrenzung stellte letzten Endes jedoch nichts anderes als eine Belastung des Angeklagten Sauckel zugunsten Speers dar).

Zunächst führte Dr. Flaechsner aus, daß Speer bis zu seinem Amtsantritt im Jahre 1942 „rein künstlerische" Aufgaben zu erledigen hatte, und daß er auch als Reichstagsmitglied keinerlei Einfluß auf die Politik Hitlers gehabt habe, da der Reichstag lediglich die Entscheidungen Hitlers „entgegennahm". Die Verwendung französischer Arbeitskräfte sei rechtmäßig gewesen, da sie mit der allgemein anerkannten Vichy-Regierung vereinbart worden sei. Man könne es der damaligen deutschen Regierung nicht zum Vorwurf machen, wenn sie bei diesen Verhandlungen einen gewissen Druck ausübte, da bei Friedensschlüssen stets eine „Gewichtsverlagerung" zugunsten des Siegers bestünde.

Im Falle Holland und Belgien dagegen sei eine „besondere Regelung" getroffen worden, da hier die anerkannten Regierungen nach London emigriert waren. Auf diese „besondere Regelung" näher einzugehen, verzichtete Dr. Flaechsner, schloß vielmehr längere Ausführungen über den sog. „völkerrechtlichen Notstand an, der an sich rechtswidrige Handlungen rechtmäßig machen soll, sobald der Staat um seine nackte Existenz kämpft". Die Beschaffung der Arbeitskräfte aus dem besetzten Ausland sei allein die Aufgabe des Angeklagten Sauckel gewesen, fuhr Dr. Flaechsner fort, während Speer nur daranlag, deutsche Arbeitskräfte für die Durchführung seiner Aufgaben zu bekommen. Dem steht die Aussage Speers gegenüber, der seinerzeit im Kreuzverhör zugab, daß er die Beschaffung ausländischer Arbeiter begrüße. Im übrigen sei die Steigerung der Rüstung um das Siebenfache nicht auf die Beschäftigung einer größeren Zahl von Arbeitskräften, sondern auf die von Speer eingeführten, besseren Produktionsmethoden zurückzuführen.

„Rivalität" zwischen Speer und Sauckel

Dr. Flaechsner kam sodann auf die „Rivalität" zwischen Speer und Sauckel zu sprechen: Während Speer die ausländischen Arbeiter in den sog. „Sperrbetrieben" — das waren deutsche oder von Deutschen kontrollierte ausländische Betriebe, die in die besetzten Gebiete verlagert wurden oder sich dort befanden — beschäftigen wollte, habe Sauckel den Auftrag gehabt, mit allen Mitteln den Bedarf an Arbeitskräften im Reich durch die Herbeischaffung ausländischer Arbeiter zu decken. Speer habe sich stets darauf verlassen, daß sich die Verschickung ausländischer Arbeiter immer „im legalen Rahmen" abspielte. (Speer hat sich nie davon überzeugt, ob die in seinen Rüstungsbetrieben arbeitenden Männer nicht unter Verletzung des Völkerrechts zwangsweise dorthin verschleppt wurden). Sauckel könne sich niemals darauf berufen, daß er Beauftragter Speers gewesen sei, weil die Arbeitskräfte vornehmlich in dessen Werken Verwendung fanden. Dr. Flaechsner erwähnte, daß Speer es war, der bei Hitler um die Ernennung eines „Beauftragten für den Arbeitseinsatz" einkam, um dem Widerstand seitens der Gauleiter begegnen zu können.

Unmenschliche Lebensbedingungen der ausländischen Arbeiter

Dr. Flaechsner nahm eine Trennung vor zwischen den Tatbeständen der Verschleppung und der Verwendung der ausländischen Arbeiter in der deutschen Kriegsindustrie. Wenn die Ueberführung ausländischer Arbeiter in das Reich ein völkerrechtliches Delikt sei, so war es doch, nach Meinung Dr. Flaechsners, mit der Verbringung selbst abgeschlossen.

Die von der Anklage vorgebrachten und durch den als Zeugen gerufenen ehemaligen Arzt in den Kruppwerken, Dr. Jaeger, bestätigten Beschuldigungen über die unmenschlichen Lebensbedingungen der ausländischen Arbeiter seien für den Angeklagten Speer nicht belastend, behauptete Dr. Flaechsner, da diese Zustände „nicht überall die gleichen" gewesen und von Speer nach Möglichkeit abgestellt worden seien.

Fortsetzung auf Seite 2

Um die Grundrechte

Verfassungsausschuß der Landesversammlung

Die Ausschußberatungen begannen am letzten Donnerstag. Zum 1. Vorsitzenden und Berichterstatter wurde Abg. Keil bestimmt, zu dessen Stellvertreter Abg. Walter. Es sind zwei Lesungen im Ausschuß geplant.

Dem Verfassungsausschuß gehören folgende Abg. an: a) von der CDU: Dr. Anschütz-Heidelberg, Bauser-Stuttgart, Dr. Fritzle-Stuttgart, Harter-Karlsruhe, Kaufmann-Ettlingen, Kühn-Karlsruhe sowie Müller und Walter, Stuttgart, b) von der SPD: Denker-Stuttgart, Keil-Ludwigsburg, Leusen-Stuttgart, Pflüger-Obertürkheim sowie Veit und Zimmermann-Karlsruhe, c) von der DVP: Dr. Brandenburg-Pforzheim, Dr. Haußmann-Stuttgart, Dr. Keßler-Karlsruhe und Wild-Ulm, und d) von der KDP: Leibbrand-Stuttgart und Klausmann-Karlsruhe. Außerdem nehmen die Minister an den Beratungen teil sowie als Sachverständiger Professor Dr. Schmid, Staatsrat in Tübingen, dessen Vorschläge dem Verfassungsentwurf zugrunde liegen.

Dr. Schmid gab zunächst einen grundlegenden Ueberblick und stellte die wesentlichsten Fragen heraus, die der Entscheidung bedürfen. Unter Verzicht auf eine nochmalige Generaldebatte wurde alsdann in die Einzelberatung über den Abschnitt „Die Grundrechte" eingetreten. Die umfangreiche Aussprache konzentrierte sich auf einige Hauptpunkte. So wurde von der CDU bemängelt, daß in Artikel 1 von einem nicht näher umschriebenen Sittengesetz die Rede sei. Es sollte klargestellt werden, daß nur das christliche Sittengesetz in Betracht komme, zumal der weitaus größte Teil des Volkes unzweifelhaft christlich gesinnt sei. Verschiedene Abgeordnete der SPD und DVP erklärten, sie stünden für ihre Person auch auf dem Boden des christl. Sittengesetzes, es sei jedoch mit Rücksicht auf Andersdenkende nicht vertretbar, dem Begehren der CDU Rechnung zu tragen. Von CDU-Seite wurde noch besonders nachdrücklich u. a. darauf hingewiesen, daß gerade die Erfahrungen in der Nazizeit für die Annahme des Antrags sprechen. Gerade deshalb sollte klar und deutlich ausgesprochen werden, daß der Mensch berufen ist, in der ihn umgebenden Gemeinschaft seine Gaben in der Freiheit und in der Erfüllung des christlichen Sittengesetzes zu seinen und der anderen Wohl zu entfalten. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurde die Abstimmung über diesen Punkt, Artikel 1, vorerst ausgesetzt.

Verschiedene andere Grundrechte, die in den Artikeln 3 bis 7 geregelt sind, wurden ohne wesentliche Debatten gutgeheißen. Dagegen wurde es wieder sehr lebhaft bei Artikel 8, der sich mit dem Schutz des Eigentums befaßt.

Hierbei handelte es sich hauptsächlich auch um den Schutz des Erbaugs und um die Frage einer angemessenen Entschädigung oder einer Abfindung bei der Einschränkung oder dem Entzug des Eigentums. Der Antrag der CDU, hier Klarheit im Sinne eines besseren Schutzes zu schaffen, fand auch Unterstützung durch die DVP. Es ist dabei nur natürlich, daß bei Gewährung einer etwaigen Abfindung an die Beachtung sozialer Gesichtspunkte sowie an die Art des Erwerbs des in Frage stehenden Eigentums zu denken ist. Dies wurde von den Befürwortern ausdrücklich betont. Schließlich wurde auch hier die Beschlußfassung ausgesetzt. Man will eine neue Formulierung suchen, der möglichst alle Richtungen zustimmen können.

Einig war man u. a. auch darüber, daß über den Inhalt der vorgesehenen Präambel erst am Schlusse der ersten Ausschuß-Lesung beraten und abgestimmt werden soll. Die Verhandlungen werden am nächsten Mittwoch fortgesetzt. K.

DANA funkt:

Aus aller Welt

Moskau. Allen russischen Emigranten wird nach einem Erlaß des Obersten Rates der Sowjetunion die Möglichkeit gegeben, die sowjetische Staatsbürgerschaft zu erwerben.

London. 303 von insgesamt 800 Angehörigen des ungarischen Außenministeriums wurden, wie Radio Moskau am Donnerstag bekanntgab, im Zuge der politischen Säuberung wegen antidemokratischen Verhaltens und ungenügender Amtskenntnis entlassen.

Wien. Das Gesetz über Maßnahmen gegen frühere Mitglieder der NSDAP in Österreich wurde am Mittwoch vom Nationalrat nach der dritten Lesung einstimmig angenommen.

Neapel. Generalstreik-Parolen sind am Mittwoch spät abends in mehreren Provinzen Süditaliens ausgegeben worden. Im Poggio Imperiale steckten Streikende das Rathaus in Brand. (AP)

Prag. Bisher wurden aus Prag 10 847 Deutsche ausgewiesen. Das tschechoslowakische Pressebüro gab bekannt, daß am Montag, den 29. Juli, der neunte Transport mit 1220 Deutschen aus Modrany bei Prag die Tschechoslowakei verlassen wird.

Ankara. Bei den ersten freien demokratischen Wahlen in der Türkei erhielt die republikanische Volkspartei 396 Sitze in der Nationalversammlung. Von den Oppositionsparteien erhielten die Demokraten 62 und die Unabhängigen 7 Sitze.

Letzte Neuigkeiten

Washington, 27. Juli. (DANA) Der Senat und das Repräsentantenhaus stimmten am Mittwoch einem Plan zu, der die Einführung der Todesstrafe für ernste Vergehen gegen die amerikanische Sicherheit auf dem Gebiet der Atomenergie vorsieht. Ferner sollen alle Personen, die an der Entwicklung der Atomenergie arbeiten, auf ihre Zuverlässigkeit hin überprüft werden.

Erhöhung der Brotration in der französischen Zone

Baden-Baden, 26. Juli. (DANA) Den Bemühungen der französischen Besatzungsbehörden ist es gelungen, wie Radio Koblenz meldet, zu erreichen, daß die tägliche Brotration für die deutsche Bevölkerung in der französischen Zone vom 1. August ab auf 250 Gramm festgesetzt wird.

Zum Rücktritt Venedeys

Erklärungen der SPD und KPD

Wiesbaden, 26. Juli. (DANA) Der Landesparteivorsitzende der SPD, Wilhelm Knothe, gab zur Frage der Besetzung des Innenministeriums von Großhessen folgende Erklärung ab:

„Die Sozialdemokratische Partei hat davon Kenntnis erhalten, daß Bestrebungen im Gange sind, Oberbürgermeister Dr. Blaum zum Innenminister in Großhessen zu machen. Die SPD würde dies als einen Affront gegen sich und gegen die einwandfreie Willensäußerung der Wähler betrachten. Die SPD hält grundsätzlich an ihrem, dem Herrn Ministerpräsidenten gemachten Vorschlag, für die Besetzung des Innenministeriums durch Oberregierungsrat Zinnkann (Darmstadt) fest."

„Zum Fall Venedy: Der Ausschluß des früheren großhessischen Innenministers Hans Venedey aus der Sozialdemokratischen Partei geschah nicht deshalb, weil er sich für die Einheit in der SED ausgesprochen hat, sondern weil er, trotz Warnung, die Parteidisziplin durchbrach. Die Erklärung und Befragung Venedeys dem thüringischen Staatspräsidenten Dr. Rudolf Paul gegenüber war eine offene Stellungnahme gegen die Politik der Sozialdemokratie."

Die Erklärung der Landesleitung der KPD Großhessens lautet:

Frankfurt, 26. Juli. „Mit Befremden hat das Sekretariat der KPD von der Entlassung des bisherigen Innenministers Hans Venedey und insbesondere von der Begründung des Herrn Ministerpräsidenten Kenntnis genommen. Die Landesleitung der KPD ist der Meinung, daß die erzwungene Demission in der jetzigen Situation unnötig war. Auf jeden Fall aber darf nach Meinung der KPD diese Entlassung nicht zum Anlaß genommen werden, um die Zusammensetzung der Regierung, die jetzt schon im Gegensatz zur Stärke der Parteien auf Grund des Wahlresultates steht, im bürgerlichen Sinne zu verstärken. Nachdem der Ministerpräsident parteilos ist und nicht zur Linken gezählt werden kann, erscheint es dem Sekretariat der KPD Großhessens als Selbstverständlichkeit, daß das Ministerium des Innern der SPD zusteht." Außerdem wird erklärt, daß die KPD Großhessens gegen eine eventuelle Ernennung des ehemaligen Oberbürgermeisters von Frankfurt, Dr. Kurt Blaum, als Innnminister von vornherein protestieren müsse, und daß sie sich für den Fall seiner Ernennung alle weiteren Schritte vorbehalte.

Erklärung der großhess. Staatsregierung

zum Ausscheiden des Innenministers Venedey

Wiesbaden, 26. Juli. (DANA) Zum Ausscheiden des Innenministers Hans Venedey gab die großhessische Staatskanzlei am Donnerstag eine Erklärung heraus, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Ministerpräsident gibt im Hinblick auf verschiedene Pressemeldungen Folgendes bekannt: Das Ausscheiden des Innenministers Hans Venedey aus der großhessischen Regierung steht nicht im Zusammenhang mit einer weitgehenden Umbildung der großhessischen Regierung, sondern ist erfolgt, nachdem der Landsvorstand der SPD mit Schreiben vom 22. Juli dem Ministerpräsidenten mitgeteilt hat, daß das Schiedsgericht der Partei in der Angelegenheit des Ministers Venedey nach längerer Beratung zu der Auffassung gekommen ist, daß die gegen Hans Venedey vorgebrachten Beschwerden so schwerwiegender Natur seien, daß er sich außerhalb der Reihen der SPD gestellt habe. Infolgedessen sei Hans Venedey mit sofortiger Wirkung aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden. Auf Grund dieser Mitteilung hat der Ministrpräsident Minister Hans Venedey mit Schreiben vom 24. Juli aus seinem Amt als Staatsminister und Minister des Innern entlassen. Die neue Besetzung des Ministeriums des Innern wird in allernächster Zeit erfolgen."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Geheimnisvolle Kräfte

Von Willi Boepple

Wenn die Plädoyers der Verteidiger von Nürnberg ernst zu nehmen sind, dann als Symptom als Gradmesser für die Tiefe des Geschwürs politischer Verwilderung, fast krankhaften an Böswilligkeit grenzenden Unvermögens von Vertretern eines Teiles der deutschen Intelligenz, die Wahrheit sehen zu können oder zu wollen. Nach unserer Rechtsauffassung steht wohl jedem Angeklagten das Recht der Verteidigung zu. Das sei hier grundsätzlich unbestritten. Was sich jedoch in Nürnberg tut, geht über die Grenzen dessen hinaus, was im Lichte einer objektiven Betrachtung als noch tragbar erscheinen kann, soll eines der ersten menschlichen Grundrechte nicht zur Parodie entwürdigt werden.

In ihrem Bestreben, ihre Mandanten zu entlasten, bieten die Anwälte nicht nur die ganze Kunst ihrer Rethorik auf, was sich von selbst verstünde; die ganze deutsche und europäische Geschichte muß dabei Revue passieren. Da fällt jahrhundertealter Staub aus längst eingemotteten Perücken. Finstere politische Komplotte werden aus dem Dunkel der Vergangenheit hervorgeholt. Machiavelli und selbst Faust, der Wahrheitssucher, werden beschworen. Mit Nadel und Pinzette stochern die Seelenchirurgen in der Psyche des ach so bedauernswerten Opfers eigener böser oder minderwertiger Triebe herum, um vielleicht doch irgendwo unter Komplexen verschüttet das schüchtern vegetierende Pflänzchen der Unschuld zu entdecken. Soweit wäre das ganze ein recht interessantes Schauspiel, könnte das deutsche Volk als, wenn auch nicht unbeteiligter, so doch ungeschorener Zuschauer beiwohnen.

Es ist zur Genüge ausgesprochen und alliierte Richter haben daran keinen Zweifel gelassen, daß man das deutsche Volk nicht mit den begangenen, in ihren erschreckenden Ausmaßen erst jetzt enthüllten Verbrechen identifiziert. Dennoch sitzen wir in den Augen der in Mitleidenschaft gezogenen Nichtdeutschen (das sind mehr als die halbe Welt) irgendwie unsichtbar mit auf der Anklagebank. Wir können diese zahllosen Richter nicht durch ein lamentierendes „Haltet den Dieb" eines Besseren belehren. Es läge darin außerdem eine zu große Gefahr, in ein uns entwürdigendes Gezeter abzugleiten. Wir können sie nur durch die bessere Tat von der Existenz des anderen Deutschland überzeugen. Das soll Aufgabe der nächsten Zukunft sein.

Jetzt geht es darum, unter uns eine klare Scheidung herbeizuführen. Schuld und Mitschuld abzuwägen, Ursachen bloßzulegen, um Wirkungen zu verstehen. Jeder Versuch der Verdunkelung muß als Mannöver entlarvt, jeder Versuch der Verschleierung als Irreführung gekennzeichnet werden. Die Mystifikationen, zu denen sich Schachts Verteidiger Dr. Dix verstieg, wären eine herrliche Blüte aus dem Zaubergarten der Jurisprudenz, wenn, ja wenn sie nicht eben Vernebelungstaktik eines strategischen Rückzuges wären. Es genügt Dr. Dix nicht, Machiavelli und Faust zu beschwören. Geheimnisvolle Kräfte, dunkte Mächte treiben ihr Unwesen und verführen den armen Sünder Schacht zu Handlungen, deren Opfer er selbst wird. Es ist fast beschämend, zu erleben, wie sich ein Jurist des 20. Jahrhunderts hinter Kobolden und Gespenstern verschanzt, um die Legionen der wirklichen Opfer abzuwehren. Da ist die Grenze erreicht, von der oben gesprochen wurde. Was hier vorgeht, ist schon nicht mehr eine Farce. Es grenzt schon an Impertinenz, dem Ausland und dem eigenen Volke zuzumuten, derartige Erzeugnisse einer verkrampften Rechtssuche hinzunehmen. Auch dort wo Dr. Dix etwas realistischer wird, bleibt er der Methode der Verschleierung treu, in diesem Falle vielleicht mehr seiner inneren geistigen Verfassung, als dem bewußten Wunsche zur Umfälschung entsprechend. „Als nach dem Zusammenbruch", sagte er, (man höre) „der Ruf nach dem starken Mann immer lauter wurde, da glaubte auch Schacht . . .

Wir glaubten damals nicht an den starken Mann und glauben auch heute nicht an den schwachen Mann auf der Anklagebank, dem „lediglich die Intuition fehlte, das Böse in Hitler und seinen Trabanten zu erkennen". Sieh da, es handelt sich bei diesen Herren wohl nur um Gut und Böse, das sie nach ihrer Manier auszulegen belieben? So stehen die Dinge nicht. Es handelt sich um viel mehr. Schacht kannte den Hitler'schen Plan, die Errungenschaften der deutschen Arbeiter zu beseitigen, die demokratischen Grundrechte über den Haufen zu werfen, Deutschlands Großindustrie und seine Hochfinanz im internationalen Rennen wieder nach vorne zu bringen. Er wußte nur zu gut, daß unter Hitler noch nicht einmal von elementarsten Prinzipien einer Demokratie, wie sie sich für eine zivilisierte Menschheit von selbst verstehen, die Rede sein konnte. Das also wären keine Verbrechen an Deutschland gewesen, wenn sich alles in Bahnen vollzogen hätte, die Schacht und seinen Gesinnungsgenossen genehm gewesen wären. Daß die Kosten dieses Rennens aus den Knochen des deutschen schaffenden Volkes herausgepreßt werden sollten, machte den Herren von Finanz und Industrie keine grauen Haare. Nur daß der Schinderknecht ihnen dabei über den Kopf wuchs, ist für sie das Verabscheuenswürdige.

Das deutsche Volk wurde einstens zum Richter aufgerufen über seine Kriegsverbrecher des ersten Weltkrieges. Es hat damals versagt. Heute muß es zusehen, wie die Siegermächte über seine eigenen Feinde zu Gericht sitzen. Das ist beschämend aber auch belehrend. In Nürnberg sitzt nur ein kleiner Teil der Schuldigen, jene, die sich zu sehr im Vordergrund der Bühne bewegten. Die unsichtbar gebliebenen jedoch befinden sich in völliger Freiheit, die sie zu nutzen verstehen. Lautlos bauen sie in Parteien, Aemtern und Universitäten, in Industrie und Handel ihre zerschlagenen Bastionen wieder auf.

Von Erlangen führt ein gerader Weg über die Spruchkammern bis zu jener Unternehmertagung im Ruhrgebiet, wo die Tatsache, daß keiner der Anwesenden einen genügend weißen Fragebogen aufzuweisen hatte, schallendes Gelächter auslöste. Bei noch bestehenden Resten ehemaliger deutscher Streitkräfte werden Soldaten wegen unmilitärischer Haltung bestraft, sprechen ehemalige Offiziere ungeniert von kommender Revanche. Konzerngewaltige reisen emsig in Deutschland umher, um die gebrochenen Spinnenarme ihrer Mamutorganisationen wieder zusammenzuflicken. Sie werden dabei von ihren im Auslande verbliebenen Mitinteressenten unterstützt. Währenddessen mühen sich aufrechte Demokraten gegen den immer fühlbarer werdenden Strom zu schwimmen, stehen verdiente Antifaschisten verbittert und mißtrauisch abseits, lernt unsere Jugend die neue deutsche Demokratie als einen scheinbar hassenswerten Zustand des Zwielichts, der Lethargie und der Korruption kennen, der ihren ehemaligen Führern ein ehrender Nachruf zu sein scheint.

Das Lachen der rheinischen Unternehmer, das Randalieren der Erlanger Studenten und der Eiertanz der Rechtssucher von Nürnberg kommen aus der gleichen Quelle. Sie bewässert den geistigen Nährboden, auf dem die Lebensauffassung einer Klasse gedeiht, die da glaubt, daß sie auch morgen selbstverständlich wieder die Juristen, die Pädagogen, die Diplomaten und die Wirtschaftsführer Deutschlands stellen wird.

Gebe sich das deutsche Volk keinen noch so sehr von christlicher Nächstenliebe erfüllten Träumen hin. Zum Nichtverstehenkönnen der Jungen kommt das Nichtwollen der Alten. Als Grundakkord klingt das gleiche Nein, welches seit Jahrhunderten denen entgegenschallt, die aus der Tiefe zum Licht wollen. Diese sind schon lange keine Bittsteller mehr. Sie sind Fordernde, deren Anspruch in Höhe und Erfüllbarkeit dem Maß ihrer geeinten Kraft entsprechen wird.

CDU-Gemeinderat Söllingen. CDU-Generalsekretär Schwan und ehemals politisch Verfolgte. Der in der Mitgliederversammlung vom 23. Juni 1946 neu gewählte Gesamtvorstand des Bundes ehemals politisch Verfolgter legt Wert auf die Feststellung, daß er mit der Presseauseinandersetzung über den Fall Hockenbergers als einer Angelegenheit des Landkreises nichts zu tun hat und von diesem Fall überhaupt erst durch die Presse Kenntnis erlangt hat.

Volkszählung in Deutschland

Berlin, 26. Juli. (DANA) Eine Zählung der Gesamtbevölkerung in der amerikanischen, britischen, französischen und sowjetischen Besatzungszone sowie in Berlin nach dem Stande vom 29. Oktober 1946, 24 Uhr, wird auf Grund des Gesetzes Nr. 33 des Alliierten Kontrollrates durchgeführt.

Das Gesetz hat folgenden Wortlaut: Alliierte Kontrollbehörde. Kontrollrat. Gesetz Nr. 33. Volkszählung in Deutschland.

Der Kontrollrat erläßt das folgende Gesetz:

Artikel I

Eine Zählung der Gesamtbevölkerung in der amerikanischen, britischen, französischen und sowjetischen Besatzungszone sowie in Berlin hat nach dem Stande vom Dienstag, dem 29. Oktober 1946, 24 Uhr, zu erfolgen.

Artikel II

Folgende Personen werden von der Zählung nicht erfaßt:

1. Angehörige der Besatzungsarmee, der Militärregierung, der Kontrollkommissionen sowie der bei der alliierten Kontrollbehörde beglaubigten Militärmissionen.
2. Zivilpersonen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, die den Besetzungstruppen angegliedert sind und von diesen ausgestellte Ausweispapiere besitzen.
3. Zivilpersonen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, die von der Militärregierung in eine Zone oder in die Stadt Berlin zugelassen sind, Ausweispapiere besitzen, die sie von der für Deutsche bestehenden Meldepflicht ausnehmen und die ihre Lebensmittelkarten nicht von deutschen Stellen erhalten. Dazu gehören u. a. Angehörige internationaler Delegationen, nichtdeutsche Schiffsmannschaften sowie nichtdeutsche Schiffer, deren Heimathafen sich nicht in Deutschand befindet.

Artikel III

Folgende Personen unterliegen der Zänlung durch die Besetzungs- und nicht durch die deutschen Behörden: 1. Kriegsgefangene, 2. Verschleppte, die sich im Besitz von Ausweispapieren für Verschleppte befinden und in Lagern untergebracht sind, für die eine alliierte Militärbehörde die Verantwortung übernommen hat. 3. Internierte Zivilpersonen.

Artikel IV

Die 14 im Anhang „A" dieses Gesetzes aufgeführten obligatorischen Fragen sind in allen vier Zonen in alle Zählkarten aufzunehmen.

Artikel V

Die Zonenbefehlshaber können nach ihrem Ermessen zusätzliche Fragen hinzufügen. Sie bestimmen gleicherweise die Form und Ausführung der Zählkarte.

Artikel VI

Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels III obliegt den örtlichen deutschen Behörden unter der Kontrolle der Militärregierung jeder Zone die Ausführung dieses Gesetzes. Sie haben alle zur Vorbereitung und Durchführung der Zählung erforderlichen Vollmachten.

Artikel VII

1. Jeder hat auf Aufforderung einer durch dieses Gesetz dazu beauftragten Person alle in dem Fragebogen enthaltenen Fragen genau zu beantworten und zwar sowohl für sich selbst als auch für geschäftsunfähige oder körperlich behinderte Personen, für die er verantwortlich ist.
2. Wer die Beantwortung einer dieser Fragen absichtlich verweigert oder unterläßt oder sie absichtlich wahrheitswidrig beantwortet, setzt sich der strafrechtlichen Verfolgung durch Gerichte der Militärregierung oder deutsche Gerichte aus und wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und einer Geldstrafe von 100 bis 1000 RM oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft.
3. Beamte oder andere mit der Durchführung der Zählung beschäftigte Personen, die
   a) absichtlich ungenaue Angaben weitergeben oder dabei mitwirken, oder
   b) in einer Urkunde, die auf Grund dieses Gesetzes oder einer hierzu ergangenen Verordnung ausgegeben oder hergestellt wurde, absichtlich eine Angabe unterlassen, oder eine wahrheitswidrige Angabe machen oder dabei mitwirken, oder
   c) absichtlich eine solche Urkunde unterdrücken, ändern oder beiseite schaffen, setzen sich der strafrechtlichen Verfolgung durch Gerichte der Militärregierung oder deutsche Gerichte aus und werden mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und mit Geldstrafe von 1000 bis 20 000 RM oder einer dieser beiden Strafen bestraft.

Artikel VIII

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Ausgefertigt in Berlin, den 20. Juli 1946.

Die in den drei offiziellen Sprachen abgefaßten Originaltexte dieses Gesetzes sind von P. A. Kurochkin, General-Oberst, Joseph T. McNarney, General, B. H. Robertson, Generalleutnant, R. J. Noiret, Divisionsgeneral, unterzeichnet.

Anhang „A"

zum Gesetz Nr. 33 des Alliierten Kontrollrates.

Alliierte Kontrollbehörde, Kontrollrat, Volkszählung in Deutschland.

Obligatorische Fragen für die vier Besatzungszonen: 1. Vorname, 2. Familienname, 3. Stellung zum Haushaltsvorstand, 4. Geschlecht, 5. Geburtstag, -monat, -jahr und Ort.

6. **Familienstand:** a) ledig, b) verheiratet, c) verwitwet, d) geschieden, e) getrennt lebend.
7. **Staatsangehörigkeit** (siehe Erläuterung 1): a) gegenwärtige Staatsangehörigkeit, b) wie erworben, c) seit wenn (Datum), d) Land des Ursprungs.
8. **Nationale Abstammung** (Grieche, Rumäne, Russe, Italiener usw. siehe Erläuterung 2)
9. **Muttersprache.**
10. **Religionszugehörigkeit:** römisch-katholisch, evangelisch, israelitisch, glaubenslos, andere Glaubensbekenntnisse.
11. **Bildungsgrad:** a) des Lesens und Schreibens kundig oder unkundig (siehe Erläuterung 3). b) Wurde Hochschule oder Fachausbildung abgeschlossen? c) Wenn ja, angeben, in welcher Hochschule bezw. Fachanstalt die Staats- oder Abschlußprüfung abgelegt wurde.
12. **Beruf:** a) gegenwärtiger Beruf (Beschäftigung) oder andere Erwerbsquellen (Landwirt, Eisendreher, Elektro-Ingenieur, pensioniert usw.), b) Berufsstand (selbständiger Unternehmer oder gelernter Arbeiter, mithelfender Familienangehöriger, Arbeiter, Angestellter usw.), c) Arbeitsstätte: 1. Firmenname und Branche, z. B. S. Müller, Bauunternehmen; 2. Firmenanschrift und Abteilung.
13. a) Gegenwärtiger Wohnort, b) ständiger Wohnort am 1. September 1939.
14. Haben Sie in der deutschen Wehrmacht (Heer, Kriegsmarine, Luftwaffe oder in irgendeinem militärischen Verband gedient? Wenn ja, von wann bis wann. Angabe des Dienstgrades.

Erläuterungen:

1. **Staatsangehörigkeit:** Deutsche Staatsangehörige tragen ein: „Deutschland". Ausländer erwerben die deutsche Staatsangehörigkeit nur durch Einbürgerung (behördlich erfolgte Naturalisation), Frauen durch Verheiratung mit einem deutschen Staatsangehörigen. Kinder von Ausländern sind nicht schon durch Geburt im Inland deutsche Staatsangehörige geworden. Personen, die neben der deutschen Staatsangehörigkeit noch eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, geben auch diese an. Staatenlose, d. h. Personen, die keine Staatsangehörigkeit besitzen, tragen „staatenlos" ein.
2. Diese Frage wird von denjenigen Personen beantwortet, deren nationale Abstammung mit ihrer Staatsangehörigkeit (Frage 7) nicht übereinstimmt.
3. Nur auszufüllen von Personen, die vor dem 1. Januar 1932 geboren sind.

Der Atombombenversuch unter Wasser

San Franzisko, 26. Juli. (DANA) Zu der festgesetzten Zeit detonierte am Mittwochabend, um 23.35 Uhr deutscher Sommerzeit, die zweite Atombombe in der Lagune von Bikini (die fünfte Bombe dieser Art).

Nachdem der Befehl zur Explosion der Atombombe gegeben, war ein donnerndes Getöse zu vernehmen. Aus der Lagune wurde eine Wassersäule in die Luft geschleudert und hüllte die ganze Zielflotte in der Lagune von Bikini in Nebel, Feuer und Wasserdampf ein. Die gigantische Wasserfontäne, eingehüllt in Wasserdampf, Sprühregen und die Explosionswolke hatte die Form einer gewaltigen und phantastischen Eiche.

Die Wassersäule erreichte die Höhe von etwa 2000 Metern. Fünf Minuten nach der Explosion war die Explosionswolke in der Höhe von etwa 3000 Metern zu beobachten. Die Wasser-Fontäne, die sich nach oben verengte, wurde an ihrer Basis durchschnittlich auf eine Breite von etwa 600 Meter geschätzt. Kochende Wassermassen und Sprühregen nahmen fünf Minuten jede Sicht. Einige Minuten nach der Explosion der Unterwasser-Atombombe wurde eine Flutwelle von etwa zwei bis drei Meter Höhe, die sich strahlenförmig ausbreitete, von der Lagune aus beobachtet. Die Flutwelle erreichte in kurzer Zeit die Korallenküste der Insel Bikini. Sie ergoß sich aber nicht über die Insel. Die Palmen von Bikini, die den ersten Atombombenversuch überlebten, wurden diesmal durch die gewaltige Unterwasserexplosion geknickt und entblättert.

Dreieinhalb Stunden nach der Detonation der Atombombe machte der Befehlshaber des Atombombenversuches, Admiral William H. P. Blandy, die ersten Angaben über den verursachten Schaden. Danach wurden das amerikanische 26 000-Tonnen-Schlachtschiff „Arkansas", ein mit Beton gepanzertes Landungsboot und ein Tankschiff versenkt. Der amerikanische 27 000-Tonnen-Flugzeugträger „Saratoga" liegt mit dem Heck unter Wasser und hat Schlagseite an Steuerbord. Das japanische Schlachtschiff „Nagato" zeigt ebenfalls Schlagseite.

Admiral William H. P. Blandy erklärte in einem Rundfunkbericht von der Kommandobrücke seines Flaggschiffes „Mount McKinley", es ließe sich noch nicht feststellen, ob auch andere Schiffe beschädigt wurden. 2½ Stunden nach der Explosion setzten sich die ersten Beobachtungsschiffe in Richtung auf die Lagune in Bewegung, um Untersuchungen über Radioaktivität des Wassers und der Atmosphäre zu beginnen. Sie konnten bisher noch nicht weit in die Lagune einfahren, weil die Gefahr der tödlichen radioaktiven Strahlen diesmal größer als bei dem ersten Atombombenversuch ist. Von den sechs Unterseebooten, die unter Wasser während der Explosion verankert waren, ist bisher nicht bekannt, ob sie gesunken sind oder nicht. Kein Unterseeboot ist bisher an die Wasseroberfläche gekommen. Dies hätte dann eintreten müssen, wenn die Ankerketten gerissen wären. Viele Schiffe der Zielflotte scheinen sich von ihren Verankerungen losgerissen zu haben. An Bord der Schiffe konnten keine Anzeichen von Bränden festgestellt werden. Als schwimmend werden die Schiffe „Nevada", „Pensacola", „New York", „Sakawa" und „Independence" gemeldet. Gleich nach der Detonation stiegen Flugzeuge auf, um die Wirkungen der Atombombe in der Lagune von Bikini zu beobachten.

Nürnberger Prozeß

Fortsetzung von Seite 1

Die Verwendung von Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen

Auch die Verwendung von Kriegsgefangenen versuchte Dr. Flaechsner dem Angeklagten Sauckel zur Last zu legen mit dem Hinweis, daß die Vermittlung von Kriegsgefangenen durch die Arbeitsämter erfolgte, die ja Sauckel unterstanden. Die Beschäftigung von Konzentrationslagerhäftlingen in der Industrie stelle keinen Rechtsbruch dar, da es allgemein üblich sei, Sträflinge zur Arbeit heranzuziehen. Die Arbeitslager selbst jedoch hätten allein der SS unterstanden, ohne daß Speer hierauf Einfluß ausüben konnte.

Hitler befahl . . .

Da Speer gegen den Bau großer unterirdischer Flugzeugfabriken gewesen sei, bei dem bekanntlich vor allem jüdische Häftlinge verwendet wurden, habe Hitler den Direktor der OT, Dorsch, direkt damit beauftragt, und nur „formell" Dorsch Speer unterstellt. (Mit diesem Argument wiederholte Dr. Flaechsner die von den meisten Angeklagten verfolgte Taktik, die stets, wenn etwas stark Belastendes gegen sie vorlag, erklärten, daß sie für die betr. Handlung nicht zuständig gewesen seien.)

Einer Aufforderung des Vorsitzenden, Lordrichter Lawrence, folgend, fügte Dr. Flaechsner eine kurze Darlegung über die nach der Charta des Prozesses strafbare Durchführung eines Angriffskrieges in sein Plädoyer ein. Nach der Meinung Dr. Flaechsners kann für die Durchführung eines Angriffskrieges allein die oberste Staatsführung verantwortlich gemacht werden. Außerdem verwies er auf eine Erklärung, die das Gericht am 28. Februar oder 1. März ds. Js. dem amerikanischen Hauptankläger Jackson abgab, wonach das Delikt des Angriffskrieges mit Ausbruch des Krieges selbst abgeschlossen sei. Abschließend verwies Dr. Flaechsner auf die Anstrengungen Speers, die dieser unternahm, um in den letzten Kriegsmonaten noch zu retten, was zu retten war, und der danach trachtete, Hitler zu beseitigen, als dieser in den letzten Kriegstagen den Befehl der „verbrannten Erde" erteilt hatte, demzufolge alles in Deutschland zerstört und dem Volk für alle Zukunft die Lebensmöglichkeit genommen werden solle. (Seine Erkenntnis, daß der Krieg bereits im Jahre 1944 militärisch verloren war, gab Speer auf dem Zeugenstand selbst zu. — 1944 arbeitete er aber weiter im Dienste Hitlers, rüstete noch im selben Jahre 130 Infanterie- und 40 Panzerdivisionen vollständig aus und ermöglichte so die Fortführung des aussichtslosen Kampfes.)

Schlußworte der Angeklagten

Nürnberg, 26. Juli. (DANA) Zu Beginn der Dienstag-Nachmittagssitzung verkündete Lordrichter Lawrence einen Gerichtsbeschluß über die den Angeklagten zustehenden Schlußworte. Gegenstand des Schlußwortes soll nur sein, was nicht bereits von den Angeklagten selber oder von ihren Verteidigern im Laufe des Verfahrens vorgebracht worden ist. Der Gerichtsbeschluß sieht weiter vor, daß die Angeklagten sich bei ihrem Schlußwort kurz fassen sollen.

Das Verfahren gegen die Organisationen

Ueber das Verfahren gegen die Organisationen gab Lordrichter Geoffrey Lawrence am Donnerstag bekannt, daß alle vor der Vorbereitungskommission gemachten Aussagen, die von der Verteidigung bezw. Anklage zur Beweisführung benötigt werden, dem Gerichtshof vorgelegt werden können und als Beweismaterial angesehen werden. Nach Vorlage der Dokumentenbücher der Verteidigung sollen die Zeugen für die einzelnen Organisationen aufgerufen werden. Danach erfolgen die Plädoyers der Verteidigung und anschließend die der Anklagebehörden. Keines dieser Plädoyers darf mehr als einen halben Tag in Anspruch nehmen.

Neue Nachrichtenquelle für die deutsche Presse

Berlin, 26. Juli. (DANA) Neue Richtlinien zur Unterstützung der deutschen Presse in der Sicherung genauer Berichterstattung aus Quellen der Militärregierung wurden am 23. Juli durch Oberst Frank L. Howley, Abteilungsdirektor in der amerikanischen Militärregierung für Berlin, auf einer Pressekonferenz in Anwesenheit von Vertretern aller in Berlin erscheinenden deutschen Zeitungen und der Nachrichtenagenturen aus allen Sektoren bekanntgegeben.

„Der deutschen Presse", erklärte Oberst Howley, „muß jede Art von Beistand geleistet werden, wenn sie die Informationen erhalten soll, die sie zur Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten, der Malaria und anderer Krankheiten notwendig braucht. Genaue Berichterstattung ist das einzig wirksame Mittel gegen Gerüchte."

Oberst Howley fügte hinzu, daß die deutschen Zeitungen seit einiger Zeit auf direktem Wege Nachrichten von den amerikanischen Agenturen erhalten und betonte, daß sein neuer Plan im Einklang mit der amerikanischen Politik stehe, die Deutschen in ihrer demokratischen Selbsterziehung zu bestärken.

„Es ist wichtig, daß der deutschen Presse gut informierte und genaue Nachrichtenquellen zur Verfügung stehen", erklärte Oberst Howley. Er habe das Vertrauen zu den deutschen Zeitungsleuten, daß sie ihren Lesern wichtige Nachrichten bieten könnten, wenn ihnen genügende Informationsquellen gegeben würden.

Man nehme . . .

„Nichts ist schwerer zu ertragen, als eine Reihe von guten Tagen", sagt ein Sprichwort. Aber die Sprichwörter haben es so an sich, daß sie nicht immer stimmen. Dem zitierten Worte nach müßte nichts leichter zu ertragen sein, als eine Reihe von schlechten Tagen. Daß dem nicht so ist, merken wir alle, die wir eine stattliche Reihe von schlechten Tagen hinter uns haben. Besonders unser Magen verspürt es, der, leider, durchaus diktatorisch regiert. Nur daß wir seine Befehle beim besten Willen heute nicht zu befolgen in der Lage sind, so gern wir es auch täten.

Es ist noch nicht so lange her, daß man sich nicht daran erinnern könnte, da griff die Hausfrau oder der kochkünstlerisch gebildete Mann zu jenem Buch, in dem die Kapitel mit den schönen Worten: „Man nehme . . . ." anfangen. Man möchte auch heute nehmen, aber es ist leider zuviel genommen worden, als daß man noch nehmen könnte.

Wie gesagt, es ist erst wenige Jahre her, da konnte man all die guten Sachen nehmen, nach denen uns heute dringend verlangt: Fleisch, Fett, Butter, Eier, Sahne, Kakao, Kaffee, Schokolade usw. Hören wir lieber auf, um uns den Mund nicht wässrig zu machen. Diese verlockenden Dinge waren sogar noch erreichbar in den ersten Jahren, in denen Hitler seinen Krieg führte, auf daß uns „morgen die ganze Welt" gehöre —, ohne die heute von uns nichts mehr zu hören wäre. Herr Darré hatte seine Erzeugungsschlachten geschlagen, die wir, wie der heutige Befund beweist, schließlich so gut verloren haben, wie den ganzen Krieg. Damals aber machte man den Deutschen Appetit auf die ganze Welt mit ihren reichen Nahrungsquellen, was nicht wenig dazu beitrug, Hitlers Krieg populär zu machen. Denn nicht wenige derer, die heute am meisten murren und schimpfen, wiegten sich damals in der angenehmen Hoffnung, nach dem siegreich beendeten Krieg in einer Art Schlaraffenland leben zu können.

Die Vorräte verbrauchten sich, aber die Folgen traten noch nicht in Erscheinung, denn Hitler und sein Reichsmarschall verkündeten, wenn jemand in diesem Kriege hungern werde, dann nicht das deutsche Volk, sondern eben die anderen. Infolgedessen verfuhr man ebenfalls nach der Kochbuchvorschrift „Man nehme . . . ." und nahm in den überfallenen Ländern, was man nur irgend nehmen konnte. Das war nicht wenig und half ein paar Jahre weiter. Man machte sich damals in Deutschland im allgemeinen keine Gedanken darüber, daß man nicht mehr aus Eigenem, sondern milde gesagt —, aus Enteignetem lebte. Man machte sich auch recht wenig Gedanken darüber, daß man selber nur darum nicht hungerte, weil man die Anderen in Not und Hunger gebracht hatte. Umso unvermeidlicher ist es, daß man sich heute, da man selbst in Not und Hunger ist, Gedanken darüber machen muß.

Als trotz der systematischen Ausplünderung des Auslandes schließlich doch der Mangel in Deutschland fühlbar wurde und man sich sozusagen Kanonen statt Butter aufs Brot schmieren lassen mußte, kam zwar eine gewisse Nachdenklichkeit auf, immer aber noch von der Hoffnung überdeckt, daß sich der Weg ins ersehnte Schlaraffenland doch noch werde finden lassen. Wo der Weg wirklich hinführte, ist sattsam bekannt. Kanonen statt Butter — und schließlich alles verbuttert.

Es liegt in der Natur des Hungergefühls, daß es vernünftigen Ueberlegungen abträglich ist. Es ist schließlich auch Tatsache, daß aus vernünftigen Erwägungen heraus niemand zu der Sättigung gelangt, die sein Körper verlangt. Die Ursachen unseres Hungers kennen wir. Es kommt nun darauf an, die Mittel zu finden, ihn zu beseitigen. Daß wir vor dem Aergsten bewahrt geblieben sind, ist nicht unser Verdienst. Wir danken es der Hilfe der Alliierten, in der amerikanischen besetzten Zone den Vereinigten Staaten, durch die von Juli 1945 bis zum Juli 1946 nicht weniger als 50 Proz. unseres Brotbedarfs gedeckt wurde. Daß die Not unserer Kinder nicht noch größer als ohnehin schon ist, daß ihnen lebensnotwendige Fruchtsäfte wenigstens hin und wieder gegeben, daß ihnen gewisse Quantitäten an Schokolade, Kakao, Milch usw. zugeführt werden konnten, ist ausschließlich amerikanischer Hilfe zu verdanken.

Wie soeben bekanntgegeben wurde, wird die neue deutsche Ernte nicht mehr als 50 Prozent des Bedarfs decken können. Wir werden also dem Hunger ausgesetzt sein, wenn nicht die amerikanische Hilfe eingreift. Daß sie eingreifen wird, steht außer jedem Zweifel. Das verpflichtet nicht nur zu Dank, sondern legt die Verpflichtung auf, von uns aus alles nur Erdenkliche zu tun, die deutsche Ernährungslage wieder günstiger zu gestalten. Hierin liegt ein Appell nicht nur an die Landwirtschaft, sondern an jeden Einzelnen. Man muß sich vergegenwärtigen, daß jede zweite Scheibe Brot, die wir essen, unbezahlt ist, da Deutschland zur Begleichung der Lebensmitteleinfuhren nicht in der Lage ist. Wir betreiben also Vorschußwirtschaft. In ihr auf die Dauer zu verharren, ist unmöglich, einmal aus finanzwirtschaftlichen, zum anderen aber auch aus moralischen Gründen. Um kaufen zu können, bedarf es also der Mittel, die wir nur durch Verkauf von Ausfuhrgütern gewinnen können. An dieser Stelle nun muß ausgesprochen werden, daß unserem besten Willen heute Grenzen — Zonengrenzen — gezogen sind. Solange eine wirtschaftliche Einheit Deutschlands nicht wieder hergestellt ist, solange damit der Wiederherstellung der deutschen Industrie die größten Schwierigkeiten bereitet sind, kann eine deutsche Ausfuhr in auch nur annähernd erforderlichem Maße nicht Tatsache werden. Das Kernproblem ist dabei, worauf soeben Generalmajor William H. Draper vor dem Länderrat hingewiesen hat, das der Steigerung der Kohlenförderung. Ohne Kohle in ausreichendem Maße keine leistungsfähige Industrie, ohne Produktionsüberschüsse, die den Inlandsbedarf übersteigen, kein Export, ohne Ausfuhr keine Mittel, aus denen Einfuhren — namentlich Lebensmitteleinfuhren — finanziert werden könnten. Es ist für die amerikanische Zone laut Generalmajor Draper ein neues Nahrungsmittel - Rationierungssystem vorgesehen, das einen Anreiz zu Leistungssteigerungen enthalten soll. Es soll namentlich den Bergarbeiter zur Leistungssteigerung in die Lage versetzend, dem Manne, auf dessen Arbeit heute mitentscheidend das Schicksal der deutschen Industrie, damit das des Exports und schließlich das der Lebensmitteleinfuhren beruht. Man darf vor diesem Wort „Neues Rationierungssystem" nicht zurückschrecken. Nimmt man die verhältnismäßig geringe Zahl der Bergleute im Verhältnis zur Gesamtbevölkerungszahl, so ergibt sich, daß das dem Einzelnen auferlegte Opfer (wenn man diesen Ausdruck überhaupt gebrauchen will) nur geringfügig klein sein, daß es aber einen Nutzen bewirken wird, wie er größer nicht gedacht werden kann. Man darf erwarten, daß die geplante neue Regelung den Ausgleich dadurch herbeiführt, daß man diejenigen benachteiligt, von denen es immer noch zuviele gibt und die bisher unberechtigt Vorteile genossen: die Nichtstuer.

W. S.

Stimme der Parteien

Bauernfänger

Ihr habt es selbst gelesen, Genossen der SP. Wir Kommunisten sind Bauernfänger, weil wir die Einheit der Arbeiterklasse erstreben. Wir überlassen es euch, mit den für diese Entgleisung Verantwortlichen ein paar passende Worte zu sprechen.

In den Karlsruher Betrieben gingen Einzeichnungslisten um mit zum Teil fast hundertprozentigen Eintragungen. Vollzogen sich diese Vorgänge etwa unter einem „Druck" oder vielleicht in dunklen verschwiegenen Ecken? Keineswegs. In aller Oeffentlichkeit ging diese Sache vor sich. Sie sollte den Beweis erbringen, daß auch bei uns im Westen der Gedanke der Einheit lebendig ist. Dieser Beweis wurde schwarz auf weiß erbracht.

Doch darum geht es gar nicht in erster Linie. Die Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien, wie sie von uns Kommunisten immer wieder vorgeschlagen wird, steht im Vordergrund. Sie ist heute die Frage schlechthin.

Wie kann es möglich sein, daß ein Stadtrat wie der Mannheimer, mit einer klaren sozialistischen Mehrheit, einen ausgesprochenen Reaktionär, Mitglied der CDU, zum Oberbürgermeister wählt, gegen drei Stimmen der KP, welche der Vertreter der SP als einzige Stimmen erhielt? Ist das eine Politik im Interesse einer sozialistischen Wählerschaft? Dagegen nehme man sich ein Beispiel an dem Kreisrat Mannheim Land. Dort wird eine Arbeiter- und Bauernpolitik gemacht, indem die beiden Fraktionen der SP und KP auf das Engste zusammenarbeiten und nur gemeinsame Beschlüsse fassen. Das ist der Weg, den wir zu gehen haben. Was hat das mit Zwang, Terror und Bauernfängerei zu tun? Oder gar mit Parteiegoismus? Wenn darunter allerdings verstanden wird, daß den Parteien der Arbeiterklasse eine Sonderrolle beim Aufbau des neuen Staates zukomme, dann stehen wir zu dieser Auffassung.

Wenn in Deutschland ein Teil des Volkes das Recht für sich in Anspruch nehmen kann, die politische Führung zu fordern, dann ist es die Arbeiterschaft, welche das aufrichtigste demokratische Element im deutschen Volke darstellt.

Es ist nicht so, daß das ganze Volk so verarmt ist, und wir daher aus der gemeinsamen Not die gemeinsame Linie finden. Große Teile des Volkes sind noch vom nazistischen und militaristischen Gift verseucht und werden mißbraucht von einer Clique von Reaktionären und ausbeuterischen Unternehmern, die zwar etwas stiller geworden, doch darum umso emsiger am Werk sind. Wer sehen will, wie arm das ganze Volk ist, der mag sich von dem Leben in den Villen der Bergstraße und des Odenwaldes eines Besseren belehren lassen. Von den wenig oder kaum beschädigten „festen Werten", die diese Leute in den Händen haben, gar nicht zu reden. Und die Vorgänge in der CSU und CDU, der neue Skandal an der Universität Erlangen? Glaubt ihr, Genossen, daß so etwas möglich sein könnte, wenn nicht größere Hintermänner die Akteure wären?

In Deutschland geht es jetzt um zweierlei: 1. um die Lösung der einfachsten Lebensfragen, wie Nahrung, Wohnung und Kleidung und 2. um die Errichtung und Sicherung der elementarsten demokratischen Grundrechte des Volkes im allgemeinen und der Arbeiterschaft im besonderen. Dazu gehören folgende dringendste Voraussetzungen als Garantien für Durchsetzung und Bestand des zu Schaffenden:

Eine durchgreifende Entnazifizierung (nach dem Motto: die Großen hängen und die Kleinen laufen lassen). Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in der Wirtschaft. Grundlegende Säuberung und Reform der Verwaltung. Die Bodenreform. Sicherung der Ernährung und der Sozialversicherung und eine umfassende Schul

Karlsruher SPIEGEL

Tabakwarenverkauf ab sofort

Die neuen Raucherkarten für einen Zeitraum von zweimal 6 Wochen (Raucherkartenperiode) ausgegeben. Sie gelten in der ganzen US-Zone. Die Raucherkarte für Männer vom 18. Lebensjahre an enthält zweimal vier, die für Frauen vom 25. bis 55. Lebensjahr zweimal zwei Abschnitte. Ein Abschnitt wird bis auf weiteres beliefert mit 10 Zigaretten je 16 Rpf oder 7 Zigarren je 72 Rpf oder 4 Zigarren je 1.20 bis 1.80 RM oder 3 Zigarren je 2.40 bis 4.80 RM. Die Preise beruhen auf dem Gesetz Nr. 26 des Kontrollrats. Die einzelnen Abschnitte sind nur in Verbindung mit dem Stammabschnitt gültig.

In Auswirkung des Kontrollratsgesetzes können zunächst in der Hauptsache nur Zigaretten zur Ausgabe gelangen. Es werden deshalb in den Wirtschaftsbezirken Karlsruhe-Stadt und -Land bis zum Eintreffen genügender Mengen Tabakwaren aller Art vorerst hauptsächlich Zigaretten verkauft werden. Die in dieser Periode zur Ausgabe gelangenden Zigaretten sind infolge allzu langer Lagerung nicht mehr als ganz frisch zu bezeichnen. Eine frühere Ausgabe war nicht möglich, weil die Preisfestsetzung infolge des vom Kontrollrat verfügten Tabaksteuergesetzes länger als erwartet in Anspruch nahm. Nachdem auf absehbare Zeit mit Nachschub als Ersatz nicht zu rechnen ist, hat sich das Wirtschaftsamt entschlossen, genau wie die übrigen Städte auch, die Freigabe zu verfügen. Es wird in das Belieben des Rauchers gestellt, von seinem Kaufrecht Gebrauch zu machen.

Es werden demgemäß ab sofort aufgerufen:

für Männer die Abschnitte 1 und 2	20 Zigaretten
für Frauen Abschnitt 1	10 Zigaretten.

Selbstverständlich dürfen an Stelle von Zigaretten auch Zigarren und Tabakwaren, soweit vorrätig, auf die oben genannten Abschnitte abgegeben werden. Weitere Aufrufe erfolgen sofort nach Eintreffen neuer Rauchwaren. — Der Sonderaufruf von Tabakwaren auf Abschnitt E der Seifenkarte wird hiervon nicht berührt. Er muß in der 91. Zuteilungsperiode bevorzugt beliefert werden, und der Verkauf endet am 17. August 1946.

Fahrradverkehr in der Kaiserstraße

Um den Berufstätigen zu ermöglichen, möglichst ohne Umwege zu ihren Arbeitsstellen zu gelangen, hat die Militärregierung auf Antrag des Oberbürgermeisters die Kaiserstraße für folgende Tageszeiten für den Radfahrverkehr freigegeben: a) von Sonnenaufgang bis 8 Uhr vormitt., b) von 12 bis 14 Uhr, c) von 17—19 Uhr. Die Bevölkerung wird gebeten, diese Zeiten genau einzuhalten, damit nicht eine Zuwiderhandlung gegen das Verbot der Militärregierung, die Kaiserstraße an den übrigen Zeiten mit dem Rad zu befahren, eine Aufhebung der erzielten Lockerung zur Folge hat.

Exportfragen vor der Karlsruher Handelskammer

Am Mittwoch, den 31. Juli 1946, findet für alle am Export interessierten Firmen in der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe, Karlstr. 8, Zimmer 13, während der Zeit von 8.30—12 Uhr und 14—17 Uhr ein Sprechtag statt. Herr Köhler vom Wirtschaftskontor Württemberg/Baden G. m. b. H., Stuttgart, wird anwesend sein und Rat und Auskunft erteilen.

Über 3000 cbm Schutt weggeräumt

Von den Fliegerangriffen mit am schwersten betroffene Straße ist wohl die Vorholzstraße, zwischen Hirsch- und Karlstraße. Von hohen Trümmermassen bedeckt, war die Straße nicht passierbar. Das Aufräumungswerk durch die AAK setzte intensiv ein, und dieser Tage konnte der 3000. cbm Trümmer abgeführt werden. Die Straße ist nun wieder völlig frei.

Wer kennt dieses Kind?

Das in Eppingen aufgegriffene sieben Jahre alte Kind konnte durch die Veröffentlichung des Bildes seiner Mutter zugeführt werden.

Ehrendienst. Der Treffpunkt zur Ableistung des Ehrendienstes am Samstag, den 27. Juli 1946, ist auf 13 Uhr — Ecke Bismarck- und Hans Thomastraße — festgesetzt.

Jubiläum der Freiwilligen Feuerwehr Durlach. Vor 100 Jahren, am 27. Juli 1846, wurde die Freiwillige Feuerwehr Durlach als erste Deutschlands gegründet. Schon nach kurzem Bestehen hat sich dieselbe beim Karlsruher Theaterbrande aufs beste bewährt, so daß nach ihrem Vorbilde in kurzer Zeit in vielen Städten freiwillige Feuerwehren gegründet wurden. Vor fünfzig Jahren haben die deutschen Feuerwehren dem Gründer auf dem Hengstplatz in Durlach ein Denkmal gesetzt.

Jubiläum. Am 30. Juli 1946 kann die Tanzschule Hermann Vollrath auf ihr 50jähriges Bestehen zurückblicken. Gleichzeitig begeht Hermann Vollrath seinen 75. Geburtstag.

80. Geburtstag. Am 30. Juli begeht Herr Georg Steinmann, ein bekannter Bürger unserer Stadt, im Kurhaus Monbachtal, wo er sich von einer schweren Operation erholt, seinen 80. Geburtstag.

Kirchenmusikverein „St. Bernhard". Am Sonntag, den 28. Juli, bringt der Kirchenchor der Bernharduskirche anläßlich der Patroziniumsfeier im Hochamt um ½10 Uhr die Orchestermesse „Missa solemnis in hon. S. Josephi" von August Weirich unter Mitwirkung von Mitgliedern des Orchesters des Badischen Staatstheaters zur Aufführung. Als Einlagen werden „Veni Creator" von Friedrich Zubrod, „Christus vincit" von J. van Nuffel, op. 20a, „Tantum ergo, C-dur" von August Weirich, „Officium zu Ehren des seligen Bernhard, Markgraf von Baden" von Albert Bier und „O salutaris hostia" von F. Hiss, op. 17, religiöses Duett für 2 Singstimmen — alles mit Orchesterbegleitung — gesungen.

Sergeant Berry

Zwei Plus auf einmal: Endlich wieder ein deutscher Film im Gloria-Palast. Dazu gleich mit Hans Albers in einer Bombenrolle, die ihm von vornherein erneut die Sympathie des Publikums sichert. Burschikoses Draufgängertum des Filmhelden, gefährliche Gangster, die in eleganten Wagen um die Ecken flitzen und drauflosballern, aalglatte Schmuggler und ihre Helfershelfer, mexikanische Banditen, die aus dem Hinterhalt dem Helden den Garaus machen wollen. Schüsse werden abgefeuert und peitschen nur so durch die Luft. (Im Film ist alles möglich.) Eine schöne Mexikanerin wird von dem gewiegten Detektiv entführt. Mit viel Caracho und Caramba wird die Verfolgung aufgenommen ... alles in allem ein flotter, heiterer Film, äußerst gut gemacht.

Seine Rolle als Detektiv, als der Mann, bietet dem Schauspieler Hans Albers weiteste Möglichkeiten zu einer freien Entfaltung. Daß er dieser vollkommen gerecht wird, ist nicht zu bezweifeln. Er stellt durch sein Spiel unter Beweis, was wir nicht anders gewohnt sind von ihm: Daß er ein richtiger Mann und neben all seiner urwüchsigen Frische in erster Linie ein Künstler von Format ist.

Der Film Sergeant Berry, dem der gleichnamige Roman von Robert Arden zugrunde liegt, ist ein spannendes Detektivstück. Eine aufregende Geschichte, die flüssige Abwicklung der Geschehnisse verlangt. Regisseur Herbert Selpin hat es verstanden, diesem Moment gerecht zu werden. Der Film erfährt keinerlei Stockung. Wir werden nicht eine Sekunde gelangweilt und empfinden wohltuend, daß die Gefahr, ins Kitschige abzugleiten, stets mit Erfolg umgangen wurde.

Herma Relin, Gerd Höst, Herbert Hübner, Peter Voß u. a. verhelfen dem Film zu seinem verdienten Erfolg. M. M.

Unsere schöne badische Heimat

Betrachtungen und Gedanken eines Badeners in der Ferne

Baden ist ein Staat, der eine besondere Würdigung verdient, und was für ein Staat! Das Politische ist in diesem Land wie kaum sonst irgendwo die Lebensluft des Alltags. Aber noch viel mehr ist Baden eine Familie. Nicht in jenem übertragenen Sinne, in dem man sonst ein Volk mit der Familie vergleicht, sondern in einem wahren und tatsächlichen Sinn des Wortes.

Baden ist aber auch eine Familie in dem Sinne, daß sich die Glieder des Landes vom Main bis zum Bodensee wie eine Familie fühlen, weil sie einen gemeinsamen Besitz ihr eigen nennen, eben dieses Land, dessen natürliche Grenzen der Rhein und nach dem Osten die Höhen des Schwarzwaldes und des Odenwaldes sind. Es gibt wohl kein Land im deutschen Sprachgebiet, in dem das Heimatgefühl der Landesbewohner so eindeutig und klar sich auf das ganze Land auf einmal bezieht, wie in Baden. Hier im Rheinland denkt und fühlt man in Städten, man ist Kölner, Düsseldorfer oder Essener. In Baden denkt und fühlt man in und mit dem ganzen Land.

Badische Heimat, das ist nicht der Ort, wo man geboren ist, das ist ebenso der Taubergrund wie der Hegau, das ist der Schwarzwald genau so gut wie der Odenwald, das ist die Ebene im Unterland wie im Oberland, das sind die Münster in Konstanz, Villingen und in Freiburg, das sind die barocken Klöster im Oberbadischen und die fürstlichen Schlösser in Unterbaden. Heimat, das ist vor allem jenes stille und familiäre Schloß in der Landeshauptstadt mit dem familiärsten Turm, den die Welt kennt und der die wahre Mitte des Landes ausmacht.

Mag einer, dem die Welt nur aus nüchternen Wirtschaftsziffern und kalten politischen Berechnungen besteht, über soviel Heimatliebe lächeln, das Wort bleibt dennoch wahr, daß der Mensch nicht vom Brote allein lebt, sondern von jedem Wort, das zum Geiste und zum Gemüte des Menschen gesprochen wird. In diesen Tagen der Not braucht das deutsche Volk Geist, Herz und Gemüt — auch in der Politik.

Man nahm mit Anbruch der neuen Zeit an, daß das alte, nicht nur 140jährige, sondern in Wahrheit 2000jährige Baden (denn es ist das alte römische Dekumatenland) ein volles und gleichberechtigtes Glied dieses neuen Bundes sein werde. Und dies war dann die bitterste Enttäuschung des Lebens, daß dieses Land, das wie kein anderes demokratisch war und das wie kein zweites in bündischer Treue in guten wie in bösen Tagen zum Ganzen hielt, kein Recht mehr haben sollte, das zu sein, was es immer war, Heimat seiner Bewohner, zu Hause und in der Fremde, und Baustein einer neuen Demokratie. Dr. K. Z.

Sozialpolitische Tagung der CDU Nordbaden

Am 17. und 18. August 1946 findet in Karlsruhe eine sozialpolitische Tagung der CDU Nordbaden statt. Auf der Tagesordnung stehen Referate und Aussprachen über sozial- und gewerkschaftspolitische Fragen. Namhafte Referenten werden zu den aktuellen Problemen deutscher Sozialpolitik sprechen.

Uebernahme von Nazibetrieben durch die Schaffenden

Freiburg, 26. Juli. In einer Sitzung des Ortsausschusses der Freiburger Gewerkschaften am letzten Mittwoch berichtete der Leiter des Wirtschaftsministeriums Südbaden, Dr. Leibbrandt, über die Absichten der französischen Besatzungsbehörden im Hinblick auf die Weiterführung ehemaliger Nazibetriebe. Danach besteht die Absicht, eine Reihe unter das Gesetz 52 fallender Betriebe der maßgebenden Leitung der dort Beschäftigten zu unterstellen. Die Firmen sollen entweder in Produktivgenossenschaften oder in Gesellschaften mit beschränkter Haftung umgewandelt werden, an der die Beschäftigten mit der Mehrheit der Anteile zu beteiligen sind, während der Staat die übrigen Anteile übernimmt. Zu einer evtl. Uebernahme sind vorgesehen Betriebe aus der Holzindustrie, der Feinmechanik, der Textilindustrie, der Chemie und des Bergbaus. Sollte dieser Schritt Erfolg haben, so würden weitere Ueberereignungen erfolgen.

Die Wohnungsnot in Freiburg

Freiburg, 26. Juli. Von den 29 550 Wohnungen, die in Freiburg vor dem Krieg bestanden, sind 6250 zum Teil ganz zerstört oder mindestens mehr als 50 % beschädigt. Dem Wohnungsamt stehen nur noch 23 300 brauchbare Wohnungen zur Verfügung. Zur Zeit suchen 5000 Familien in Freiburg Wohnungen.

Ein offenes Wort über die Versorgungslage

Der jährliche Textilanspruch entspricht 8 Punkten der Kleiderkarte

Wir Deutschen sind während der letzten 13 Jahre, so sollte man meinen, fast ausnahmslos durch eine lehrreiche Schule gegangen. Wer aber offenen Auges durch den Alltag schreitet, muß leider beobachten, daß sehr viele Menschen sich über die Ursachen und Zusammenhänge unserer bitteren Notzeit wenig Gedanken mehr machen, dafür aber oft schnell-fertig ein abwegiges Urteil aussprechen. Es erscheint deshalb geboten zu sein, ein aufklärendes Wort zur rechten Zeit an Alle zu richten.

Die Versorgung mit lebenswichtigen Verbrauchsgütern wird auf lange Zeit ein Problem bleiben. Eine falsche Urteilsbildung in weiten Kreisen unserer Bevölkerung über wirtschaftliche Dinge muß verhütet werden, und das kann nur geschehen, durch Einsicht und Aufklärung. Die Atmosphäre zwischen Amtsstellen und Publikum würde sich bei Einleitung und Durchführung einer planmäßigen orientierenden Aktion reiner und vertrauensvoller gestalten.

Wir wollen als städt. Wirtschaftsamt den Anfang machen und unsere Mitbürger gleichzeitig um Verständnis im Kampf um den Bezugschein bitten, indem wir uns bemühen, die augenblickliche schwierige Versorgungslage mit Gütern des täglichen Bedarfs so darzustellen, wie sie der Wahrheit entspricht. Es wäre kurzsichtig und keinesfalls zu verantworten, wenn z. B. in der Tagespresse verfrühte Produktionsberichte die Hoffnung auf baldige größere Zuteilungen bei der Bevölkerung erwecken. Es ist nach unserer Auffassung ehrlicher und dienlicher, wenn wir unserem betrogenen Volke bekennen, daß die wenigen, den totalen Krieg überständenen Produktionsstätten aus Mangel an Rohstoffen und Kohle nur einen kaum bemerkbaren Bruchteil von dem herzustellen in der Lage sind, was uns fehlt.

Es muß in diesem Zusammenhang einmal ganz eindeutig gesagt werden, daß wir hinsichtlich der Versorgung mit Fertigerzeugnissen vor einer totalen Konkursmasse stehen. Die jetzigen Wirtschaftsbehörden haben lediglich die traurige Funktion eines Konkursverwalters auszuüben, der die kärglichen Ueberreste verteilen kann. Seit Beendigung des Krieges sind naturgemäß auch die verbliebenen Warenbestände fast völlig aufgezehrt. Wenn man rückblickend nunmehr Bilanz zieht, erkennt man erst, wie bodenlos arm wir geworden sind.

Die allgemeine schlechte Versorgungslage wird durch folgende Tatsachen erhärtet. Mittelbaden, besonders Karlsruhe, war durch die Kriegsereignisse und deren Folgen lange Monate hindurch ohne jede Schuh- und Lederzuteilung. Erst anfangs 1946 kamen Schuhwaren in geringem Umfange. Nunmehr ist die Zuteilung, wie in den übrigen Gebieten der amerik. besetzten Zone, einheitlich geregelt. Die Schuhherstellung richtet sich nach dem zur Verfügung stehenden Leder. Seit Monaten stehen aber nur etwa 10 Prozent der 1939 verarbeiteten Menge zur Verfügung. Diese Ledermenge kann aber nicht allein für Neuschuhwerk Verwendung finden, denn es besteht ebenso großer Bedarf für die Herstellung von Treibriemen, Orthopädieleder, technischem Leder und endlich von Besohlmaterial. Daraus geht hervor, daß heute selbstverständlich nicht so viele Schuhe produziert werden können, wie dies zur Versorgung des dringendsten Bedarfes notwendig wäre. Mit einer Besserung auf dem Gebiet der Lederversorgung und damit der Herstellung von Neuschuhwerk und Besohlmaterial ist vorläufig nicht zu rechnen. Nach den Beschlüssen des Kontrollrates sind für jeden Deutschen im Jahr 1 Paar Schuhe vorgesehen; die tatsächliche Lage aber auf dem Gebiet der Beschaffung von Rohstoffen zur Schuh-Neuanfertigung, ohne Reparatur, bringt es mit sich, daß ein Paar Schuhe nur alle 4 Jahre in Wirklichkeit pro Kopf der Bevölkerung zugewiesen werden kann. Instandsetzungen von Schuhen sind aufgrund der derzeitigen Material-Knappheit leider nur alle 10 bis 12 Monate möglich, d. h. vor Ablauf dieser Frist darf keine zweite Antragstellung erfolgen.

Die Textilversorgung ähnelt in der Tat einer Konkursverwaltung. Die in den Zeitungen angekündigte Baumwolle für die Herstellung von Bekleidungsstücken ist noch nicht eingetroffen. Wohl hat die Inlandsproduktion in Zellwolle und Kunstseide begonnen, aber die Ergebnisse sind so gering, daß von einer wirksamen Entlastung auf dem Textilsektor nicht gesprochen werden kann. Die Gesamterfassung der Textilvorräte in der amerikanisch besetzten Zone hat zu dem Zweipunkte-Programm geführt, das seit drei Monaten läuft und das blitzartig die Situation beleuchtet. Es stehen im Vierteljahr pro Kopf der Bevölkerung 2 Punkte zur Verfügung, was einem Jahresverbrauch von 8 Punkten entspricht. Wenn man berücksichtigt, daß für ein Herrenoberhemd 15 bis 18 Punkte benötigt werden, kann das Wirschaftsamt unmöglich jedermann ein Hemd bewilligen. Aehnlich ist es mit allen übrigen Bekleidungs- und Wäschestücken. Ein Straßenanzug erfordert 60 bis 80 Punkte. Das ist ein Punkteverbrauch für 10 Jahre. Dieser Mann könnte also praktisch 10 Jahre lang nichts mehr in Textilien bekommen.

Mit der Versorgung der Ostflüchtlinge sind die Wirtschaftsämter ebenfalls beauftragt worden. Die in Aussicht gestellten Sonderkontingente sind bis jetzt noch nicht eingetroffen, und die Ostflüchtlinge mußten bisher ebenfalls, wie unsere Ausgebombten, mit den Lagerbeständen des Handels bekleidet werden. Im übrigen sind die vorläufigen Zuweisungen für Ostflüchtlinge im Verhältnis zu deren Zahl so gering, daß günstigenfalls nur 10 Prozent mit einem Hemd versorgt werden können. In den übrigen Bekleidungsstücken reduziert sich der Prozentsatz bis zu etwa 4 Prozent.

Wenn wir diese Feststellungen, an denen niemand achtlos vorübergehen kann, überdenken, dann dürfte unser Appell an alle Bevölkerungskreise, nur in wirklich unaufschiebbaren Notfällen Anträge bei den Wirtschaftsämtern einzureichen, nicht ungehört und vor allen Dingen nicht unbefolgt verhallen. Ohne Zweifel besteht bei vielen Verbrauchern ein dringender Bedarf. Gerade deshalb und mit Rücksicht auf die geschilderten Warenbestände erwarten die Wirtschaftsbehörden das notwendige Verständnis der Bevölkerung in der Stellung von Anträgen. Man möge bedenken, daß sie keine Produktionsstätten sind, sondern nur das Wenige verteilen können, was ihnen in den Geschäften zur Verfügung steht. Ebenso wie ihnen die tatsächliche Not am besten bekannt ist, steht fest, daß viele Menschen oft aus eigensüchtigen Beweggründen bei den Bezirksstellen Schlange stehen, um einen Bezugschein auf alle Fälle sich zu verschaffen und um Ware zu horten oder gar zum Tauschhandel verwenden. Darüber hinaus sind es oft gerade diejenigen, die beim Schlangenstehen Unzufriedenheit und böswillige Parolen in Umlauf setzen oder die überlasteten Beamten und Angestellten in ihrer gewiß sehr schwierigen Aufgabe mindestens stören.

Im Interesse der Bevölkerung hat das Wirtschaftsamt für die Antragsteller von Bezugscheinen insofern eine Erleichterung geschaffen, als Anträge auf jeder Bezirksstelle gestellt werden können. Weitere organisatorische Maßnahmen zwecks Eindämmung des Schlangenstehens werden in nächster Zeit durchgeführt. Geduld und Disziplin, sowie Rücksichtnahme auf die Aermsten der Armen muß unsere Haltung bestimmen. Bch.

Tagung der Katholischen Aktion

Unter dem Vorsitz des Prälaten Herr (Frankfurt), der in Vertretung des Bischofs von Limburg erschienen war, tagten in Frankfurt die Leiter religiöser Vereinigungen, Bildungswerke und Arbeitsgemeinschaften aus dreißig deutschen Städten. Zur Grundlage dienten die Richtlinien Pius XI. über die Katholische Aktion, durch welche die katholischen Laien zur aktiven Teilnahme am kirchlichen Leben und Apostolat in der Oeffentlichkeit aufgefordert wurden. In Deutschland war die Katholische Aktion durch den Nationalsozialismus schon in ihren Anfängen unterdrückt und unmöglich gemacht worden, insbesondere durch die mit Staatsgewalt durchgesetzten Beschränkung der kirchlichen Tätigkeit auf den sogenannten „rein religiösen" Raum. Sinnfälliger Ausdruck dieses Kampfes wurde die Ermordung des Berliner Führers der Katholischen Aktion, Dr. Klausener.

Nach einem grundsätzlichen Referat des Schriftstellers Walter Dirks, des Mitherausgebers der „Frankfurter Hefte", über die gegenwärtige religiöse und kulturelle Lage des deutschen Volkes, nahm P. Hans Fruhstorfer (Karlsruhe) das Wort, um über Probleme der religiösen Erwachsenenbildung richtungweisende Ausführungen zu machen. In der anschließenden Aussprache kam der Wunsch zum Ausdruck, die überall begonnene Bildungsarbeit fortzuführen, durch Rednerautausch zu verbreitern und zu vertiefen. Dr. C. Münster und Dr. Neundörfer berichteten anschließend über soziale Probleme der Großstadt und des Dorfes, wobei die soziologischen Umbauvorgänge und Probleme des Tages, die Flüchtlingsfrage und der schwarze Markt, im Vordergrund standen. In Berichten der katholischen Verleger über ihre jüngsten Neuerscheinungen, Kurzreferaten über Steuer- und Lizenzierungsfragen fand die Tagung ihren Abschluß. Eine Gesamtbibliographie des neu erscheinenden religiösen Schrifttums soll vorbereitet werden. Eine nächtliche Aufführung des Ueberlinger Münsterspiels v. Alois Joh. Lippl auf den Ruinen des Frankfurter Domplatzes zeigte den Gästen einen Ausschnitt aus dem kraftvollen Leben der Katholischen Jugend und aus der kulturellen Wirksamkeit der Hauptstelle für Katholische Volksarbeit in Frankfurt. B.

Vorschriften der Reichsversicherungsordnung

Die Melde- und Strafbestimmungen weiterhin in Kraft

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Karlsruhe teilt uns mit: Um verschiedentlich auftretende Unklarheiten zu beseitigen, sei darauf hingewiesen, daß die Melde- und Strafvorschriften der Reichsversicherungsordnung in vollem Umfange weiterbestehen.

Meldungen. Hiernach haben die Arbeitgeber jeden von ihnen Beschäftigten, der zur Mitgliedschaft bei einer Ortskrankenkasse verpflichtet ist, bei der durch die Satzung der Kasse bestimmten Stelle binnen drei Tagen nach Beginn und Ende der Beschäftigung zu melden. Die freiwillige Zugehörigkeit zu einer Krankenkasse — gleichgültig, ob Orts-, Betriebs-, Innungs- oder Privatkrankenkasse — entbindet den Arbeitgeber nicht von seiner Verpflichtung, den Beschäftigten binnen drei Tagen bei der zuständigen Ortskrankenkasse anzumelden.

Eine Ausnahme hiervon bilden die Ersatzkassenmitglieder. Bei ihnen entfällt eine Anmeldung durch den Arbeitgeber, wenn sie bei Beginn der Beschäftigung durch Vorlage einer Mitgliedsbescheinigung die Zugehörigkeit bei einer Ersatzkasse nachweisen und gleichzeitig um Befreiung von der Pflichtkrankenkasse nachsuchen. Auch geringfügig Beschäftigte, sowie Personen, die nur nebenher eine Lohnarbeit verrichten, z. B. Putz- und Waschfrauen, Heimarbeiterinnen, Ausnäherinnen usw., die nur halbtags oder stundenweise arbeiten, unterliegen der Versicherungspflicht und müssen vom Arbeitgeber innerhalb der Meldefrist von drei Tagen angemeldet werden. Die Meldefrist von drei Tagen muß unter allen Umständen eingehalten werden. Auch bei den Abmeldungen ist die Meldefrist von drei Tagen genauestens zu beachten. Zu allen An- und Abmeldungen dürfen nur die reichseinheitlichen Meldevordrucke benutzt werden. Diese sind bei allen Dienststellen der Kasse kostenlos erhältlich. Die Vordrucke sind in doppelter Fertigung einzureichen. Firmenstempel müssen handschriftlich gegengezeichnet sein. Die Beitragskontonummer, falls solche vorhanden, darf auf keiner Meldung fehlen.

Arbeitsunterbrechung ohne Entgeltzahlung. Wer länger als drei Tage der Arbeit unentschuldigt fernbleibt, ist abzumelden. Bei längeren Arbeitsunterbrechungen, z. B. bei Gewährung unbezahlten Urlaubs, besteht volle Beitragspflicht, wenn die rechtzeitige Abmeldung versäumt wird. Als Berechnungsgrundlage gilt der Verdienst, der erzielt worden wäre, wenn der Arbeitnehmer ununterbrochen gearbeitet hätte. Unbezahlter Urlaub für länger als fünf Wochen darf nicht gewährt werden. Gegebenenfalls muß spätestens mit dem Ablauf der 5. Woche Abmeldung erfolgen und der Versicherte auf die freiwillige Weiterversicherung verwiesen werden.

Lohnveränderungen. Innerhalb der Beschäftigungszeit auftretende Lohnerhöhungen oder -minderungen, die auf die Höhe der Beitragsberechnung von Einfluß sind, müssen der Kasse schriftlich angezeigt werden. Zu diesem Zwecke ist der Kasse bis längstens zum fünften eines jeden Monats eine Aufstellung der Bruttolöhne einzureichen.

Strafvorschriften. Ordnungsstrafen: Wer seiner Pflicht zuwider Versicherungspflichtige nicht anmeldet oder die Vorschriften über die Meldung Versicherungspflichtiger in anderer Weise verletzt, kann mit Ordnungsstrafen in Geld (von 1—1000 RM.) bestraft werden. Die Beschwerde entscheidet das Oberversicherungsamt endgültig.

Umschüler. Auf Anordnung des Landesarbeitsamtes in Stuttgart sind für Umschüler im Baugewerke, auch wenn ein schriftlicher Ausbildungsvertrag besteht, Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu erheben. Der bisherige Standpunkt der Versicherungsfreiheit in der Arbeitslosenversicherung wird aufgegeben.

Achtung, Arbeitgeber!

Betr.: Ausfüllung der monatlichen Meldungen zum Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 — Angaben in Anlage 2 „Grundübersicht" —.

Zur Ausfüllung der Anlage 2 zur 5. Durchführungsverordnung (Grundübersicht zu den regelmäßigen monatlichen Meldungen über den Stand der Beschäftigten auf Grund des Säuberungsgesetzes teilt das Staatssekretariat für Sonderaufgaben in Stuttgart folgendes mit:

„Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß es bei offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und stillen Gesellschaften aus bilanztechnischen Gründen schwierig, unter Umständen sogar unmöglich ist, den Kapitalanteil im Laufe des Jahres in Reichsmark anzugeben, bin ich damit einverstanden, daß eine prozentuale Angabe im Beteiligungsverhältnis genügt".

Sollte es aus technischen Gründen nicht möglich sein, in Ziffer 5 der Anlage 2 (Grundübersicht) den Kapitalanteil in Reichsmark anzugeben, so ist eine prozentuale Angabe in diesem Falle ausreichend. Bei Einzelkaufleuten ist unbedingt eine Betragsangabe erforderlich. Arbeitsamt Karlsruhe.

Aus dem Karlsruher Gerichtssaal

Fünf Monate Gefängnis wegen Hehlerei

Wegen Unterschlagung eines Brillantringes im Wert von 4000 Mark hatte sich am 16. 7. der 36jährige Schauspieler Josef Bommer vor dem Strafgericht Karlsruhe zu verantworten.

Eine gute Bekannte, bei der Bommer für drei Wochen Unterkunft gefunden hatte, wurde einige Zeit nach seinem Auszug von Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß Sepp bei der Probe ihren Ring getragen habe. Ein Kriminalbeamter wurde beauftragt und siehe, Sepp Bommer hatte tatsächlich den kostbaren Ring noch am Finger stecken. Er behauptete, der Ring sei sein Eigentum, er habe ihn in der Moltkestraße gefunden, er habe ihn im Garten seiner Wirtin gefunden usw. Die Folge war ein Strafbefehl mit 3 Monaten Gefängnis. Wie er damals angab, hatte man ihm bei einem Grenzübertritt in Holland mehrere Ringe abgenommen und er habe nun die Gelegenheit benützen wollen, wieder in den Besitz eines Ringes zu gelangen.

In der neu anberaumten Verhandlung gab er folgende Erklärung ab: Am fraglichen Tag habe er sich mit einer Dame in seinem Schlafzimmer aufgehalten. Wochen später sei er bei dieser Dame zum Kaffee geladen gewesen. Sie habe ihn gefragt, ob er nichts vermisse. Als er verneinte, habe sie ihm den Ring, den sie, während sie sich gewaschen, in einer Schublade entdeckt haben wollte, gezeigt. Sie hätte sich einen Scherz erlaubt. Um sie nicht zu kompromittieren, habe er die falschen Aussagen gemacht. Keine schlechte Ausrede. Sie veranlaßte den Staatsanwalt zum Strafantrag von 3 Mon. Gefängnis wegen Unterschlagung. Der Verteidiger stellte die Tatsache, daß Bommer den Ring öffentlich getragen habe, als Hauptentlastungspunkt dar. Er plädierte lange, plädierte gut und beantragte die Freisprechung.

Der Urteilsspruch des Vorsitzenden bewies eine gänzlich andere Auffassung. Der Vorsitzende führte aus, daß es wohl unterstellt werden könne, daß nicht Bommer, sondern die besagte Dame den Ring nahm. Aber sie habe sich mit dem 4000-Mark-Objekt keinen Scherz gemacht, sondern den Ring gestohlen. Er, nämlich Sepp Bommer, entdeckte denselben und nahm ihn ihr ab. Daß er 10 Tage Zeit hatte und den Brillanten doch nicht zurück gab, hat mit peinlich oder nicht kompromittierenwollen nichts zu tun. Das Urteil, bei dem noch eine Vorstrafe ins Gewicht fällt, lautet 5 Monate Gefängnis wegen Hehlerei. (-li)

Sechs Monate Gefängnis für Einbruchdiebstahl

Der 22jährige Kurt Pierza aus Karlsruhe hatte sich am Freitag, den 19. 7. vor dem hiesigen Strafgericht zu verantworten. Er war beschuldigt, in seiner ehemaligen Arbeitsstätte Hildaheim 1000.— Mark und verschiedene Ringe aus einem mit dem Dietrich erbrochenen Schreibtisch entwendet zu haben. Weiterhin soll er im Berckholtzstift ein halbwüchsiges Schwein, von zwei Polen die Koffer und mehrere Hasen gestohlen haben. Pierza stritt natürlich alles ab und behauptete von den Koffern, daß er dieselben den Polen sicherstellen wollte. Mangelhafte Indizien und eine gute Verteidigung ergaben für die meisten Punkte einen Freispruch. Der Einbruchdiebstahl konnte durch Kerzenflecke im Schweinestall und die dazugehörige Kerze in Pierzas Hose einwandfrei nachgewiesen werden. Das Gericht verurteilte ihn unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft zu 6 Mon. Gefängnis. Schw.

Uebler Jugendverführer vor Gericht

Eine stadtbekannte Figur ist der 38jährige Karl Bauer, der am Mittwoch, den 24. 7. von der Karlsruher Strafkammer abgeurteilt wurde. Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, ergab eine erschütternd klare Darstellung von der völligen Demoralisierung des Angeklagten. Zwölf Vorstrafen, darunter Körperverletzung, Unterschlagung, Betrug und in der Hauptsache widernatürliche Unzucht, sind in seinem Strafregister verzeichnet. Seine letzte Bestrafung erfolgte erst im Jahre 1942, wo er wegen Unzucht zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden war.

Die Anklage lautete auf versuchte Unzucht in fünf Fällen und in einem Fall auf vollendete Verführung von Jugendlichen männlichen Geschlechts. Im Hinblick auf die Gefährlichkeit des Verbrechers, wurde dem Antrag des Staatsanwalts stattgegeben und Bauer zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Schw.

Spielplan des Badischen Staatstheaters vom 27. Juli bis 31. Juli 1946

27. Juli: Wir heißen Euch hoffen. 28. Juli: Tosca. 29. Juli: Die Czardasfürstin. 30. Juli: Tanzabend. 31. Juli: Don Giovanni. — Beginn jeweils 19 Uhr.

Wettervorhersage bis Sonntag abend

Sommerlich warm mit vereinzelten Gewittern

Zunächst heiter und sehr warm, Höchsttemperaturen über 30 Grad. Zum Wochenende wieder gewittrig mit vorübergehender Abkühlung.

Rheinwasserstände

25. Juli: Konstanz 464 (— 2). Breisach 317 (— 11). Kehl 358 (— 17). Maxau 560 (— 20). Mannheim-Rhein 479 (— 10). Mannheim-Neckar 470 (— 5). 26. Juli: Konstanz 462 (— 2). Breisach 315 (— 2). Kehl 352 (— 6). Maxau 548 (— 12). Mannheim-Rhein 465 (— 14). Mannheim-Neckar 463 (— 7).

Der Sport

Ausgezeichnete Besetzung der Turn- und Sportwoche des TuS 1884 Beiertheim

VfB Mühlburg — TuS 1884, Sonntag, 16 Uhr
(Sportplatz hinter dem Hauptbahnhof)

Die traditionelle Turn- und Sportwoche des TuS 1884 Beiertheim, vom Samstag, 27. Juli, bis Sonntag, 11. Aug. 1946, hat ein geradezu hervorragendes Meldeergebnis aufzuweisen. Fast 30 Vereine haben über 60 Mannschaften zu Fußball- und Handballturnieren und Freundschaftsspielen für Senioren und Jugend gemeldet. Neben der Besetzung der Turniere, sind eine Reihe von größeren Freundschaftsbegegnungen im Fußball und Handball besonders erwähnenswert. Im Fußball stellt sich am Sonntag der zur Zeit in guter Form befindliche VfB Mühlburg vor, während nächste Woche der KFV zu Gast sein wird. Im Handball wird der VfL Neckarau mit Nationalspieler Sutter am 4. August erwartet.

Fußball. Im Phönixstadion: Frankonia — Rüppurr (19 Uhr), FC Karlsruhe — Busenbach (15 Uhr, Germaniasportplatz).

Radrennen im Phönixstadion. Wie bereits mitgeteilt, findet am 4. August nachmittags eine große Radsportveranstaltung auf der Aschenbahn des Phönixstadions statt. Den Interessenten dürfte noch in guter Erinnerung sein, wie sich die beiden Stuttgarter Schertle und Bühler einführten. Zu ihnen gesellen sich weitere hervorragende Paare aus nah und fern, die ihnen diesesmal den Sieg nicht so leicht machen werden. Zum Austrag kommen Fliegerhauptfahren, ein Ausscheidungsfahren und ein Mannschaftsfahren nach Sechstage-Art über 150 Runden. Am morgigen Sonntag, vormittags 10 Uhr, findet im Gasthaus zum „Auerhahn" für die Mitglieder des Radrennklub „von Drais" eine wichtige Mitgliederversammlung statt.

Die Mitglieder der Freien Spiel- u. Sportvg. treffen sich am Sonntag, 19 Uhr, im Vereinsheim zu einem gemütlichen Beisammensein.

Handball. Um die Kreismeisterschaft: **Rintheim — Linkenheim** (16. Uhr).

Im Handballturnier des TSV Rintheim beginnen um 14 Uhr die Entscheidungsspiele um den Wanderpreis des Gastgebers.

Die Platzweihe der Turnerschaft Forchheim ist Anlaß zu einem re

George Bernard Shaw / Zu seinem 90. Geburtstag am 26. Juli

Bernard Shaw ist für die Deutschen kein Fremder; dennoch wirken seine Werke auf uns befremdend, überraschend, oder anziehend — immer aber modern, niemals verstaubt oder veraltet. Sein Geheimnis ist, daß er schon von frühester Jugend an sein ganzes Interesse den jeweiligen Zeitereignissen zuwandte und stets in seinen Werken für aktuelle Probleme eintrat.

Shaw verbrachte, nachdem er seine Heimat Irland verlassen hatte, neun recht magere Jahre in London als Journalist, erwarb dort aber all die Kenntnisse über Land und Leute, Bücher und Bilder, Musik und Theater, Politik und Volkswirtschaft, Naturwissenschaften und Philosophie, nach denen sich sein immer aufnahmefähiger Geist gesehnt hatte. Dort wurde er auch mit all den Ideen vertraut, die wir so häufig in seinen Ansprachen und Vorlesungen, seinen Vorreden und Dramen finden. Gleichzeitig erwarb er die realistische, geistig unabhängige Einstellung der Gesellschaft gegenüber. Er sah seine Lebensaufgabe darin, sie zu reformieren, nicht in der gleichen Weise wie Ibsen, sondern indem er ihr neue Wege zu neuen Lebenszielen zeigte.

Welches aber waren die vorherrschenden Ideen in den 80er und 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, zu deren Vorkämpfer sich der junge Shaw aufwarf? In der Hauptsache handelte es sich um moralische und soziale Probleme, um das Wohlergehen der Menschheit, deren Ursprung und Entwicklung, Ideale und Abneigungen. Kämpfe und Siege Shaw immer wieder zum Gegenstand seiner Werke machte. Später hat er einmal bekannt, daß er einer Reihe von großen Geistern dabei zu Dank verpflichtet sei, wie: Voltaire und Rousseau, Bentham, Butler, Carlyle, Dickens, Ruskin, George, ja Euripides, Molière, Goethe, Ibsen, Tolstoi, Moses und den Propheten."

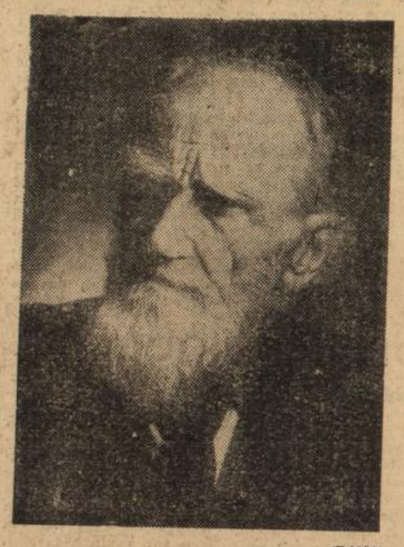
Was können wir aus dieser eigentümlichen und anscheinend stark übertriebenen Behauptung schließen? Daß Shaw einer ganzen Anzahl von berühmten Vorbildern in seinen Anschauungen folgt, daß er aber doch nicht auf eine besondere Ansicht festgelegt werden kann. Nicht selten war Shaw in der ersten Zeit, die er in London verbrachte, auf einem Wagen im Hydepark zu sehen oder auf einer Volksbühne im Osten, von wo er der Menge in der paradoxesten Weise seine Meinung sagte. Denn Shaw glaubt, daß man die Menschen dadurch am besten und schnellstens erzieht, daß man sie über ihre eigenen Fehler zum Lachen bringt. Vor allem bekämpfte er gleich im Anfang seiner Laufbahn Verlogenheit und Rührseligkeit als den Krebsschaden der Gesinnung eines Volkes.

Wie absurd er damals gewirkt haben muß, erfahren wir von einem seiner Biographen. Frank Harris: „Er war dünn wie eine Hopfenstange, hatte ein langes, mageres Gesicht, einen rötlichen, wildwachsenden Bart, einen nachlässig an ihm herabhängenden Sportanzug mit dem unvermeidlichen Jägerkragen, war durchaus nicht schüchtern, im Gegenteil sehr selbstbewußt, geradezu und entschieden." Wenn wir dann weiterhin hören, daß er überzeugter Antialkoholiker und Vegetarier war, können wir uns vorstellen, wie eigentümlich er auf seine Zuhörer, ja auf seine Mitmenschen überhaupt wirkte. Die Büste Shaws von Auguste Rodin und seine neusten Bilder zeigen, daß er sich im Grunde gar nicht verändert hat, zwar etwas älter wirkt, aber immer noch jenes schalkhafte Lächeln hat, das für ihn so besonders charakteristisch ist.

Seine politischen, sozialen und moralischen Anschauungen — die anfangs gemäßigt waren im Sinne der „Fabier", zu deren Mitgliedern Shaw seit der Begründung der Gesellschaft gehört, sind mit der Zeit immer radikaler geworden, sie grenzen heut stark an die Ideen des Kommunismus, für den er sich nach einer Reise durch Rußland begeisterte.

Was die Welt aber von ihm in dieser oder irgend einer anderen Beziehung denkt, ist G. B. S. völlig gleichgültig. Daher begrüßen den Besucher seines Hauses in London, das er durch eigene Arbeit erworben hat, die folgenden Worte über dem Kamin seines Zimmers: „Sie reden? Was reden sie denn? Laß sie reden!"

Noch eindringlicher, lebhafter und amüsanter als in seinen Reden und Schriften kämpft Shaw in seinen Stücken für seine Ueberzeugungen. Interessant sind seine philosophischen Anschauungen über die „Schöpferische Entwicklung", die er in „Mensch und Uebermensch" und in „Zurück zu Methusalem" entwickelt, und seine Idee vom Uebermenschen, ver-



(DANA)

sinnbildlicht in den Helden vieler seiner Stücke. Shaws Uebermensch ist seinen Zeitgenossen weit überlegen, aber sein Ziel ist nicht, sich auf ihre Kosten durchzusetzen, sondern im Gegenteil für das Beste im Menschen, für das Wohl der Menschheit zu kämpfen und so für sie ein Vorbild, ein Ideal zu werden. Dieser Gedanke ist nirgends bei Nietzsche zu finden, aber charakteristisch für Shaw. Der „Uebermensch ist zugleich der Träger aller philosophischen, sozialen und moralischen Ideen Shaws, die er trotz aller Hindernisse in der Welt durchführen will. Denn er wird von einer ihm innewohnenden Kraft getrieben — Shaw nennt sie die Lebenskraft — die ganz von ihm Besitz ergriffen hat und die sich in seinen Wünschen, seinen Handlungen und seiner Verantwortlichkeit andern gegenüber äußert.

Caesar z. B. verkörpert solch einen Uebermenschen. Er steht in seinen Anschauungen und Taten hoch über seinen Zeitgenossen und versinnbildlicht gleichzeitig nach Shaws Auffassung eine Stufe der menschlichen Entwicklung, die seine Zeitgenossen nie, die Menschen überhaupt erst nach Jahrtausenden erreichen werden. Denn, wie der letzte Teil von „Zurück zu Methusalem" verkündet: es gibt allmählich ansteigende Entwicklungsstufen für alles Irdische, bis sich der Mensch dem Uebermenschen und dieser sich dem Göttlichen nähert.

Wenn wir diese Lehre Shaws etwas aufmerksam betrachten, so verstehen wir, warum er es für seine Aufgabe hält, die Menschheit zu reformieren. Er möchte sie dem Göttlichen näher bringen. Ist es nicht aber erstaunlich, daß Shaw, der Skeptiker, der Realist, der alle romantischen Illusionen zerstören möchte, dennoch für seine Mitmenschen ein Reich letzter Werte und Ideale errichten will, das allerdings, seiner Meinung nach auf streng naturwissenschaftlichen Lehren (er nennt Darwin und Lamarck) begründet ist?

Auch die Frauengestalten, die Shaw geschaffen hat, sind eigenartig. Er schildert die Frau in der Ehe, im Beruf, auf dem Thron, als Heldin, Weibchen oder Heilige, selbständig oder in ihrem Verhältnis zum Mann, immer von einem neuen, und wie vorher gesagt wurde, modernen Standpunkte, der zwar oft im Augenblick grotesk zu sein scheint, nach Jahrzehnten aber prophetisch anmutet. Gewiß, die Frauengestalten der Stücke Shaws sind wie die männlichen Charaktere Vertreterinnen ganz bestimmter Theorien des Dichters, aber trotzdem, genau wie jene, so voll eigenem Leben, daß sie niemals gekünstelt erscheinen. Die unvergeßlichsten unter den vielen sind: Candida, die junge Pfarrfrau, Major Barbara, eine der Führerinnen innerhalb der Heilsarmee, Cleopatra, die ägyptische Königin, und schließlich die Heilige Johanna, wohl die schönste und reifste Konzeption eines weiblichen Charakters bei Shaw.

Wie Caesar der erfolgreiche General, der nüchtern rechnende Staatsmann zugleich den Uebermenschen verkörpert, so ist Johanna, das gesunde, robuste Landmädchen, gleichzeitig als ein höheres Wesen aufgefaßt, deren prophetischen Worte über Vaterlandsliebe, Demokratie und Protestantismus in einer Zeit des Feudalismus und der strengsten Katholizität sie im Sinne Shaws als eine Heldin erscheinen lassen, die dem männlichen Helden, dem Uebermenschen völlig ebenbürtig ist. Nach Shaw sogar in gewisser Weise überlegen, denn nicht als Heilige, aber als Frau hat sie ja den künftigen Uebermenschen zu gebären und den Erzeuger zu wählen, den sie für diese Aufgabe als den geeignetsten ansieht.

Die Haltung der Menschen den Helden und Heldinnen gegenüber ist in den meisten Stücken Shaws die gleiche. Sie hören zwar die prophetischen Worte und sehen heldenhafte Taten, aber sie lassen sich nur schwer belehren, sind undankbar und wollen dem Beispiel des Helden nur selten folgen. Am Ende der „Heiligen Johanna" scheint ihn etwas wie Resignation zu überkommen. Was hatte er davon, daß er so ernstlich bemüht war, sein Zeitalter aufzuklären und seine Zeitgenossen zu reformieren? Sie sind die gleichen geblieben, die sie waren, und werden die gleichen sein; erst ganz unmerklich wird die Wandlung zum Uebermenschen eintreten, und dazu bedarf es eines Lebens, das so lang ist wie das des Methusalem und noch länger.

Andrerseits läßt uns derselbe Shaw, der nach seinen eigenen Worten schon als Knabe den christlichen Gott aus seinem Herzen verbannte und das Göttliche nur auf Grund naturwissenschaftlicher Erkenntnisse anerkennen wollte, in der „Heiligen Johanna" empfinden, daß er sich trotz seiner realistischen und nüchternen Haltung in seinen Stücken, besonders trotz seiner Kritik am Christentum, wie ein echter Christ vor dem Göttlichen beugt.

Dieses Drama zeigt uns, daß Shaw die paradoxe Form aufgeben kann, wenn er es für richtig hält, daß er mehr als ein Zyniker ist oder ein sogenannter Weltbeglücker, daß er vielmehr ein Dichter ist und zu denjenigen Vorkämpfern des 18. und 19. Jahrhunderts gezählt werden kann, die ganz unegoistisch für das Wohl der Menschheit kämpfen. Shaw verhält sich allerdings niemals in der gleichen, vorher erwarteten Weise. In einem seiner letzten Stücke, dem „Kaiser von Amerika", kehrt er zu seinen alten Methoden zurück und tritt sarkastischer und kampfbereiter auf als je zuvor.

Manchmal, wenn wir an seine Persönlichkeit und an seine Werke denken, erscheint er uns unter den übrigen Dramatikern wie der Narr im Shakespearischen Stück. Er kann über die ernstesten Dinge scherzen und uns zum Lachen bringen, während er uns doch gleichzeitig tieftraurig macht. Vielleicht würde er selbst beim Lesen dieser Zeilen mit dem wohlbekannten schalkhaften Lächeln sagen: „Sie reden? Was reden sie denn? Laß sie reden!"

Dr. Margarete Anders.

Neue politische Literatur

Der Verlag „Neuer Weg", Berlin, brachte in der Reihe der Elementarbücher des Kommunismus nunmehr als letzte Neuerscheinung „Ueber die Grundfragen des Leninismus" und „Zu den Fragen des Leninismus", eine Sammlung von Vorträgen Josef Stalins, gehalten an der Swerdlow-Universität in Moskau im April 1924.

Stalin erläutert den Begriff des Leninismus als „Marxismus in der Epoche des Imperialismus". Die im Weltmaßstabe latent wirkenden Widersprüche werden ebenso scharf und klar herausgestellt, wie der Begriff der „Diktatur des Proletariats" als für eine Uebergangszeit notwendige Herrschaftsform der Demokratie für die Mehrheit und Diktatur gegen die Minderheit (Kapitalisten und Großgrundbesitzer) eindeutig formuliert wird.

Der neue Typus des diesen Erfordernissen entsprechenden Staates sei der Rätestaat, dessen Organe — Räte, Gewerkschaften und Genossenschaften (die letzteren die Bauern in das System des sozialistischen Aufbaues einbeziehend) — ihre besten Vertreter in die Partei zu entsenden hätten. Mit dem Erlöschen der Klassengegensätze verschwinde der Staat und mit ihm auch die Partei.

Stalin erhellt den politischen Hintergrund des Kampfes Sinowjews und Kamenews gegen die Leitung der Partei. Es geht um die Frage des Weges der Sowjetunion: innenpolitisch in Bezug auf die Struktur des wirtschaftlichen Aufbaues, außenpolitisch hinsichtlich der Beziehungen und des Verhältnisses der SU zu den kapitalistischen Ländern.

Die Möglichkeit einer Restauration des Kapitalismus in Rußland wird verneint, da die Masse der Arbeiter und Bauern erkannt habe, daß der Sowjetstaat und dessen Wirtschaft ihr Staat, ihre Wirtschaft sei.

Ueber das Wesen des Leninismus sagt Stalin: „Vereinigung des russischen revolutionären Schwunges mit amerikanischer Sachlichkeit, darin liegt das Wesen des Leninismus in der Partei- und in der Staatsarbeit."

Wenn auch 22 Jahre zwischen der Niederschrift und unserer Zeit liegen, so haben Stalins Worte nichts von ihrer Lebendigkeit eingebüßt. Vor allem vermittelt uns das Studium dieses Bändchens, nachdem es unser Verständnis für die weltweiten Zusammenhänge alles heutigen Geschehens vertieft hat, einen Einblick in die innerrussischen Verhältnisse während der ersten Jahre nach Beendigung des Bürgerkrieges. Es zeigt die illusionslose Härte und den unbeirrbaren Glauben, der diese Männer erfüllte, als sie zur Errichtung der neuen Ordnung schritten. Es versteht sich, daß der vorliegenden Broschüre zum Teil heute nicht mehr die einstige Aktualität zukommt. Manches ist zu berichtigen, manches durch die Ereignisse korrigiert oder überholt. Die grundsätzlichen Erkenntnisse jedoch über die Fragen des Imperialismus, des nationalen Kampfes und der proletarischen Diktatur bleiben von den Zeitereignissen unberührt.

Willy Boepple.

Humor ist . . .

Humor ist Freude aus Mitleid (auch mit sich selbst). Ein nahezu restlos entdrosselter Finck (Werner) stellte sich am Montag abend erstmalig wieder in Freiheit dressiert einem überraschend aufgeschlossenen Publikum vor.

Man muß dort gewesen sein, um sich einen Begriff zu machen von der unglaublichen Intimität oder vielleicht besser, den Beziehungsreichtum der Atmosphäre gefühlt, geschmeckt zu haben. Werner Finck ist weit davon entfernt, etwa Witze zu machen. Nein, ein einfaches (von wegen) zwangloses (beinahe) Plaudern über eineinhalb Stunden. Und dabei regnet es Pointen. Ganz halb und viertel ausgesprochene und solche, die man eben mit der Fingerspitze angetippt werden — und schon ist der Lacher da, sollte er da sein. So ganz einwandfrei spricht die Publikums-Geige jedoch noch nicht ein. Zu lange wurde dieses Instrument von einem solchen Virtuosen nicht mehr gespielt.

Wir haben Werner Finck genossen. Nicht wahr, ihr Genossen. Paß auf, Werner, der Rahmen ist noch immer nicht hoch genug.

Diagnose am nächsten Morgen: Leichter Katzenjammer. Hand aufs Zwerchfell, es ist nun einmal nicht alles zum Lachen, daher haben wir auch so wenig zu lachen. Es ist die Folge dessen, was Finck richtig sagt: „Damals glaubten wir noch als harmlose Bürger über allem Politischen stehen zu können."

Hoffen wir, einstens innerlich wieder so unbeschwert sein zu dürfen, daß wir ihn, „der es nie zum Offizier gebracht hätte", als General des Humors feiern können.

Boe.

Kulturnotizen

Der Operettenkomponist Eduard Künnecke arbeitet zur Zeit an einem Singspiel „Ein Liebeslied". Das Werk soll ebenso wie seine im Vorjahre vollendete Oper „Walter von der Vogelweide" im Herbst in Halle uraufgeführt werden.

„Der Funk geht der Sache nach". Der Berliner Rundfunk beginnt am 28. Juli um 18.45 Uhr mit dieser neuen Sendereihe, die alle 14 Tage gebracht werden soll. Die Leiterin, Frau Ellie Tschauner, stellt Fragen und Mißstände der Gegenwart zur Diskussion.

Radio Stuttgart veranstaltet für junge talentierte Musiker einen Wettbewerb, der wöchentlich einmal stattfindet. Musiker unter 30 Jahren, die noch nicht öffentlich aufgetreten sind und in keinem Orchester mitgewirkt haben, können daran teilnehmen.

Richard Dornseiff, der bisherige Geschäftsführer und provisorische Intendant der Bremer Oper, hat von der Abteilung Theater und Musik der Militärregierung der Enklave Bremen die Lizenz als ständiger Intendant der Oper erhalten.

Eine Konferenz der Hochschulrektoren in der Sowjetzone fand in Berlin statt. Es nahmen auch die Leiter der Provinzialverwaltungen für Volksbildung und eine Reihe Professoren daran teil. Die Beratungen galten einem einheitlichen Studienjahr und einheitlichen Lehrplänen und Prüfungsterminen an allen Hochschulen der Sowjetzone. Für den Oberlehrerberuf sollen künftig nur noch ein Haupt- und ein Nebenfach geprüft werden.

Erreger der Paradentose wurde entdeckt. Nach jahrelangen bakteriologischen Untersuchungen an etwa 20 000 Personen konnte Professor Gins vom Robert-Koch-Institut Berlin den Erreger der Paradentose feststellen.

Die sterbliche Hülle des am 9. Juni verstorbenen Dichters Gerhart Hauptmann wurde in einem Sonderzug nach Berlin überführt. Das Archiv und die Manuskripte Hauptmanns sind nach Berlin gebracht worden, wo Frau Margarethe Hauptmann ein „Gerhart-Hauptmann-Museum" einrichten wird.

„Stuttgarter Kunstkabinett" nennt sich in Stuttgart ein neues Unternehmen, das sich zum Ziel macht, neben moderner Graphik und Plastik vor allem moderne „malerische Malerei" zu pflegen. Mit einer kleinen Schau, die u. a. Gemälde der Münchener Maler Geigenberger, Lichtenberger, Glette, Bock, Hötzendorff, W. P. Schmidt, C. O. Müller, Großmann, Lamprecht und Leidl, Arbeiten der Graphikerin Hanna Nagel und der südwestdeutschen Künstler Will Sohl, Eimer, Staudinger, Biese, Lammeyer u. a. bringt, wurde das Institut dieser Tage eröffnet.

(DANA-Meldungen)

Herausgegeben unter Militär-Regierung-Lizenz US - WB - 101
Verantwortliche Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Baur. — Nachrichten: DANA (Deutsche Allgem. Nachrichten-Agentur), DPD (Deutscher Pressedienst Brit. Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet. Nachr.-Büro), INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Gottesdienste

Katholische Gottesdienste. Sonntag, den 28. Juli 1946. St. Stephan: Agneshaus (Hirschstr. 35b) 6, 7, 9, 10.15 und 11.30 U. **Christuskirche:** 8 U. Adlerstr. 26: 8 und 10.15 U. **U. L. Frau:** 6, 6.45, 7.45, 9, 10 u. 11.30 Uhr in der „Wallhalla" (Augartenstr. 27). **St. Bernhard:** 6, 7.30, 8.30, 9.30, 11.30 Uhr. **St. Bonifatiuskirche:** 7, 8, 9, 10, 11.15 Uhr. **Herz-Jesu-Kirche:** (Grenadierstr. 17) 9 Uhr. **St. Elisabeth:** 6.30, 7.30 Uhr in der Matthäuskirche (Vorholzstr. 47); 10 Uhr Beiertheim. **Mühlburg:** 7 Uhr Herz-Jesu-Stift (Peter u. Paulsplatz 5); 8 u. 9.30 Uhr „Rheingold" (Rheinstr. 77). **Beiertheim:** 6.30, 7.30, 8.45, 10, 11.15 Uhr. **Weiherfeld-Dammerstock:** 6, 7.30, 9.30, 11 Uhr. **Bulach:** 6.30, 8, 10 Uhr. **Rüppurr:** 6.30, 8, 10 Uhr. **Daxlanden:** 7, 8, 9,30 Uhr. **Grünwinkel:** 7.30, 9.30 Uhr. **Knielingen:** 8.30 Uhr. **Eggenstein:** 10.30 Uhr. **St. Konrad** (jetzt Ludendorffstr. 18): 8, 10 Uhr. **Rintheim:** 7.30, 9.15 Uhr. **Durlach:** 7, 9, 10.30 Uhr; **Hohenwettersbach:** 9 Uhr. **Grötzingen:** 7, 9 Uhr.

Alt-kathol. Gemeinde: 9.30 Amt m. Pred., Kriegsstr. 88.

Evang. Gottesdienste. Sonntag, 28. Juli 1946, 6. S. n. Tr. Karlsr.-Daxlanden: 8.30 Wenzel. **Albpfarrei:** 9.30 Wenzel. **Geibelstr. 5:** 9 u. 10 Kellner. **Markuskirche:** 9.30 Farr. **Christuskirche:** 10 Ratzel; 20 Feßler. **Matthäuskirche:** 10 Stupp. **Weiherfeld:** 9.30 Stein. **Luisenstr. 53:** 8 u. 9.30 Hauß. **Wilhelmstr. 14:** 8 u. 9.30 Mondon. **Haizingerstr.:** 8 u. 9.30 Feßler. **Rintheim:** 14 Fehn. **Rüppurr:** 9.30 Schulz.

Evangelische Gemeinschaft, Amalienstr. 77: Sonntag 1/2 10 Uhr Predigt. Donnerstag 1/2 8 Uhr Bibelstunde.

Die Christengemeinschaft Karlsruhe (Munz-Saal): So., 10 Uhr, Weihehandlung; 11.15 für Kinder.

Erste Kirche Christi, Wissenschafter, Karlsruhe, Richard-Wagner-Str. 11. Gottesdienst: Jeden Sonntag, 10 Uhr; Jeden Mittwoch, 7 Uhr.

Familien-Nachrichten

Willy Schalk, geb. 16. 4. 03, starb in franz. Gefangenschaft durch tödl. Unglücksfall, auch sein Bruder **Walter Schalk,** geb. 22. 9. 12, ruht in Frankreichs Erde. Die trauernd. Hinterbliebenen: Anne Schalk geb. Rummel, Marie Th. Schalk geb. Léfranc u. Kinder, Lydia Schalk geb. Seith, Fam. Erwin Kiefer, Karlsruhe, Kaufbeuren, Fournies, Juli 1946. Trauerfeier: 28. Juli, 18 Uhr, Evgl. Gemeindehaus der Südstadt.

Agnes Weber, geb. Oser, uns liebe, treusorg. Mutter, Schwest., Schwäg. u. Tante ist a. 22. 7. v. ihr. schw. Leiden erlöst ward. Für erwies. Anteiln. herzl. Dank, In tief. Leid: Alb. Weber u. Frau, Jos. Weber u. Frau.

Anna Bierweiler, geb. Wollensack, uns. lb. Schwester u. Tante, ist am 24. 7. nach lang. Leiden in die Ewigkeit heimgegangen. Fam. Bosch u. Bierweiler, Khe., Rheinstr. 18. Beerdig. 27. 7., 11 Uhr, Mühlburg. Friedhof.

Prof. Karl Knauer, mein lb. Mann, uns. lb. Vater, ist nach schwer. Leiden am 17. 7. 46 i. Alt. von 66 J. von uns gegangen. In tiefer Trauer: Frau Lili Knauer und Söhne. Unterschüpf bei Lauda.

Klara Göring, geb. Heck, meine lb. Frau, uns. gute Mutter, ist am 25. 7. 46 sanft entschlafen. In tiefem Leid: Wilhelm Göring u. Kinder. Khe., Markgrafenstraße 25. Beerdigung Samstag, 27. 7., 11 Uhr.

Berta Wenz, m. lb. Tochter, uns. gt. Schwester u. Tante, ist am 25. 7. 46 in die Ewigkeit abgerufen worden. Im Nam. der trauernd. Hinterblieb.: Mina Wenz. Khe., Karl-Wilhelmstr. 66. Beerd. Montag, 29. 7., 9.30 Uhr.

Karl Billing, m. lb. Mann, uns. lb. Sohn, Bruder, Schwag. u. Onk., i. a. 20. 7. i. Alt. v. 44 J. sanft entschl. I. t. Schm.: Viola Billing geb. Wiberg u. Ang., Weinbrennerstr. 48. D. Einäsch. f. a. 23. 7. statt.

Frieda Hurst geb. Stapf, meine herzensg. Frau u. m. lb. gt. Mutter, i. Mont. vorm. im 49. Lebensj. heimgeg. Beerd. f. i. Rüpp. st. I. t. Schm.: Wilh. Hurst V.-Insp. a. D. u. Tochter Elisabeth Rokuß, geb. Hurst.

Lina Winterhalter, geb. Sauter, Wwe., uns. lb. Mutter, ist am 11. 7. versch. Die Beerdigung fand am 15. 7. in Konstanz statt. Im Namen d. tr. Hinterbliebenen: Hans Winterhalter, Karlsruhe, Daxlanderstraße 26.

Paul Laurson, Kfm., m. tr. Lebenskamerad, ist 3 Wochen n. d. Feier s. gold. Hochz. n. schw., m. gr. Ged. ertr. Leiden am 20. 7. sanft entschl. I. t. Tr. u. i. Namen d. Fam.: Frau Berta Laurson geb. Pflüger.

Wir beginnen unseren gemeinsamen Lebensweg: Heinz Adam, Pianist — Hannelore Adam geb. Welsch. Karlsruhe, 27. Juli 1946, Lessingstraße 24.

Ihre Vermählung geben bekannt: Walter Martens, Gerti Martens, geb., Lersch-Eitelbach. Karlsruhe, den 27. Juli 1946. Ebertstraße 28.

Ihre Vermählung geben bekannt: Oberspielleiter Peter Frank — Anneliese Frank geb. Breuer-Arnecke. Karlsruhe, Devrientstraße 3.

Als Vermählte grüßen: Friedrich Beck — Hedwig Beck geb. Tonn. Karlsruhe, Gluckstraße 7. 27. Juli 1946.

Veranstaltungen

Gloria-Palast, Rondellplatz: Bis einschl. 2. 8. 1946: „Sergeant Berry" mit Hans Albers, Herma Relin, Gerd Höst, Herbert Hübner, Peter Voß. Achtung! Ab heute Beginn täglich: 13.00, 15.00, 17.30, 20.00 Uhr.

Palast-Lichtspiele, Herrenstr. 11: Ab 27. Juli wegen Renovierung bis auf weiteres geschlossen.

Atlantik-Lichtspiele, Kaiserstraße 5 (Durlacher Tor): „Du warst nie berückender", der große Revue- und Ausstattungsfilm mit Rita Hayworth und Adolphe Menjou. Beiprogramm und neue Wochenschau. Anfangszeiten: 15.00, 17.30 und 20.00 Uhr.

Rheingold, Rheinstr. 77, Ruf 6283, Wo. 13 und 15 Uhr. So. 11, 13 und 15 Uhr. Der große Abenteuerfilm „Nacht im Hafen". Jugendliche zugelassen. Kasseneröffnung eine Stunde vor Beginn.

Metropol, Neckarstr. 32, Ruf 951, tägl. 15, 17.30, 20 Uhr: „Was Geld kaufen kann". Ein Film: groß — spannend — einmalig und unvergeßlich. Jugendliche zugelassen. Vorverkauf 11—12 Uhr.

M.T. in K.-Durlach, Ruf 864: „Sie trafen sich in Moskau". Ein russischer Liebesfilm in deutscher Sprache. Beginn: 3.15, 5.30, 8.00 Uhr. Sonntags auch 1.15 Uhr.

Kali in K.-Durlach, Ruf 675: Eine phantastische Filmkomödie von René Clair: „Was morgen geschah". Beginn: 3.45, 6.00, 8.30 Uhr. Achtung! **Märchenvorstellung:** Ab heute bis einschl. Donnerstag, jeweils 2.30 Uhr, Sonntag auch 1.30 Uhr. Die beiden deutschen Märchentonfilme „Kalif Storch" und „Der Geisterkönig". Eintritt 60 Pfg. und 10 Pfg. Notgem.

Skala in K.-Durlach, Pfinztalstr. 92 a, Ruf 180, Wo. 16.00, 18.15 und 20.30 Uhr, So. 13.45, 16.00, 18.15 und 20.30 Uhr. Täglich der russische Spitzenfilm in deutscher Sprache: „Sie trafen sich in Moskau" mit Maria Ladynina. Jugendliche zugelassen.

Uli, Ettlingen. Heute bis Donnerstag: „Ein fröhliches Haus" mit Carla Rust, Rolf Weih. Täglich: 7.30 Uhr. Sa. 5.00, 7.30 Uhr. So. 2.30, 5.00, 7.30 Uhr.

Konzert-Café „Grüner Baum" am Durlacher Tor, Kaiserstraße 3, Tel. 7448. Jeden Nachm. u. Abend Konzert. Dienstag und Donnerstag Tanz. Montags Betriebsruhe.

Kaffee-Kabarett Roland, Ecke Kreuz- u Hebelstraße. Täglich abends 19.30, Kabarett. Mittwoch, Samstag u. Sonntag, 16.00 und 19.30 Uhr, Kabarett u. Tanz. An den übrig. Nachm. 16 Uhr Konzert. Vorverk. v. 11—13 Uhr.

Cabarett Just, Kaiserstr. 91, Kleinkunstbühne (Straßenbahn bis Waldhornstraße): Tägl. Vorstellung 20 Uhr, Sonntags 16 und 20 Uhr. Montags Betriebsruhe. Unser Juli-Programm mit Adi Walz und weitere Darbietungen der Kleinkunst, Motto: Frohsinn u. Freude! Vorverk. 11—13.

Gastspieldirektion Heinz Hoffmeister. „Triumph der Heiterkeit". Ein Meisterabend froher Unterhaltung mit ersten Kräften des Varietés. Zwei Stunden Jubel, Trubel, Fröhlichkeit! Samstag, den 3. August, 20 Uhr, Stadthalle Ettlingen, Montag, den 5. August, 19 Uhr, Festhalle Durlach. Karten zu 2 bis 5 RM in den bekannten Vorverkaufsstellen und an der Abendkasse (siehe Anschlagsäulen). Nach Schluß der Vorstellung in Durlach Straßenbahnverbindung nach allen Richtungen.

Amtliche Bekanntmachungen

Rückgabe der leeren Trockenkartoffel-, Trockengemüse- u. Trockenzwiebel-Blechbehälter. Es besteht Veranlassung, erneut darauf hinzuweisen, daß die leeren Blechbehälter für Trockenkartoffeln, Trockengemüse und Trockenzwiebeln sofort an den Großhändler zurückzugeben sind, der sie geliefert hat. Eine weitere Zuweisung erfolgt nur, wenn bei der Abrechnung die Empfangsbestätigung des Großhändlers über die Rückgabe vorgelegt wird. Es wird darauf hingewiesen, diese Blechbehälter pfleglich zu behandeln, da sie zur Weiterverarbeitung als Rohmaterial Verwendung finden müssen. Ernährungsamt Karlsruhe-Stadt.

Flaschen für verdichtete oder verflüssigte Gase. Die Versorgung der industriellen Betriebe, des Handwerks und sonstiger Verbraucher mit Sauerstoff, Azetylen, Wasserstoff, Stickstoff, Preßluft, Kohlensäure usw. ist durch den Mangel an Stahlflaschen gefährdet. Es gilt daher, alle vorhandenen Stahlflaschen zu erfassen und ihrem nutzbringenden Einsatz zuzuführen, da mit der Lieferung von neuen Flaschen auf längere Zeit kaum zu rechnen ist. Es sind deshalb alle Flaschen für verdichtete oder verflüssigte Gase dem zuständigen Wirtschaftsamt bis spätestens 31. 7. 1946 zu melden. Meldepflichtig ist derjenige, in dessen Besitz oder Verwaltung sich die Flaschen am 14. 7. 1946 befanden, unabhängig davon, wer Eigentümer der Flaschen ist. Insbesondere sind auch sämtliche Flaschen aus früherem Wehrmachtsbesitz zu melden.

Bei der Meldung sind die auf dem Flaschenhals eingeschlagenen Bezeichnungen anzugeben und zwar:
1. Bezeichnung des Gases: z. B. Sauerstoff, Azetylen, Wasserstoff, Leuchtgas, Preßluft, Stickstoff usw. 2. Bezeichnung des Eigentümers: z. B. Ver. Sauerstoffwerke, G. Kuntze, Süssen. 3. Flaschen-Nummer: z. B. 78 375. 4. Inhalt: z. B. 40,3 l. 5. Prüfdruck: z. B. 225 at. 6. Fülldruck: z. B. 150 at.

Den Findern oder Verwahrern von derartigen Flaschen kann, soweit sie nicht gewerbsmäßig Stahlflaschen benutzen, ein Finderlohn gewährt werden.

Gemäß vorstehendem Runderlaß des Landeswirtschaftsamtes sind die Meldungen von Stahlflaschen zum genannten Termin beim Städt. Wirtschaftsamt, Karlsruhe, Gartenstraße 53, Zimmer 16, einzureichen.

Allgemeine Ortskrankenkasse des Stadt- und Landkreises Karlsruhe. Betr. Beitragszahlung der freiw. Mitglieder. Die Beiträge sind künftig wieder monatlich im voraus an die Kasse einzuzahlen. Bei Einzahlung durch die Post oder Bank sind unbedingt Name und Mitgliedsnummer anzugeben. Zahltage sind: für Buchstabe A—H vom 1. bis 5., J—O vom 6. bis 11., P—Z vom 12. bis 15. jeden Monats. Die Mitgliedschaft erlischt: a) durch mündliche oder schriftliche Austrittserklärung; b) wenn die Beiträge zweimal nacheinander am Zahltage nicht entrichtet und seit dem ersten dieser Tage mindestens vier Wochen vergangen sind; c) beim Eintritt in eine versicherungspflichtige Beschäftigung, worüber der Kasse sofort Mitteilung zu machen ist.

Für die bis zum Erlöschen der Mitgliedschaft fällig gewordenen Beiträge bleiben die Ausgeschiedenen haftbar. Freiwillige Mitglieder, die nicht mehr im Bereich der Kasse wohnen oder ihren Wohnort aus dem Kassenbereich verlegen, setzen ihre Mitgliedschaft bei der Allg. Ortskrankenkasse ihres Wohnorts fort (§ 313 b RVO.). Jede Wohnungsänderung ist sofort mitzuteilen. Bei der Inanspruchnahme von Kassenleistungen ist die Beitragskarte vorzulegen.

Karlsruhe, 24. Juli 1946. Der Kassenvorstand.

Höhere Schulen Karlsruhe, Durlach und Ettlingen. Die Anmeldungen für die Sexta, unterste Klasse des Schuljahrs 1946/47 sind am Mittwoch, den 31. Juli 1946, vormittags von 9—12 Uhr. Bei den Anmeldungen sind die Schüler(innen) persönlich vorzustellen. Vorzulegen sind das letzte Schulzeugnis, Geburts- und Impfschein. Die Aufnahmeprüfungen für die Sexta sind am Freitag, dem 2. August 1946, um 8 Uhr. Anmeldungen und Aufnahmeprüfungen für die übrigen Klassen sind am Montag, den 2. September 1946, vorm. 9—12 Uhr.

A. Höhere Schulen für Knaben: Gymnasium, Bismarckstraße 8; Goetheschule, Realgymnasium, im Hause der Helmholtzschule, Kaiserallee 6; Helmholtzschule, Realgymnasium, Kaiserallee 6; Kantschule, Realgymnasium, Englerstr. 10; Realgymnasium Durlach, Gymnasiumstr. 3; Realgymnasium Ettlingen, Pforzheimer Straße. B. Höhere Schulen für Mädchen: Fichteschule, Realgymnasium, Sofienstr. 14; Lessingschule, Realgymnasium, Sofienstr. 147. Die Leiter der Höheren Schulen.

Bausparwesen

Durch den Abschluß eines Bausparvertrages sichern Sie sich die hundertprozentige Finanzierung **Ihres Eigenheimes** — auch bei Hauskauf, Umbau oder Wiederaufbau. Bei entsprechenden Einzahlungen gewähren wir in geeigneten Fällen auch einen sofortigen **Zwischenkredit** zu mäßigen Zinsen. Fordern Sie unsere Druckschriften, wir beraten Sie kostenlos und unverbindlich. **„Badenia" Bausparkasse G.m.b.H., Karlsruhe, jetzt:** Karlstraße 91.

Die praktische und schöne Wohnung in einem modernen Mehrfamilien-Miethaus **durch Wohnsparen.** Hören Sie, was Ihnen darüber die älteste und erfolgreichste Bausparkasse **GdF Wüstenrot,** gemeinnützige G.m.b.H., (14a) Ludwigsburg/Württ. zu sagen hat. (Anfragen Rückporto beifügen.)

Wie und wann kommt man zu einem eigenen Haus? Diese Frage bewegt so manchen. Viele Tausende wohnen mit unserer Hilfe schon im eigenen Heim. **Sofortfinanzierung** bei 20 Proz. Eigenkapital möglich. Unser Prospekt „Der Weg zum Eigenheim" gibt Ihnen Aufschluß und zeigt Ihnen schöne Eigenheime mit Grundrissen Auf Wunsch werden Sie durch einen Mitarbeiter k